

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstand.

Geschäftsstelle: Berlin O., Müllersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Erscheint jeden Sonntag.

Abo-nommentspreis pro Quartal 80 Pf. (ohne
Postgeld), bei Zusendung unter Auszähln
1,20 M.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Abzeigenspreis: die viergespaltene Zeitung 40 Pf.

Schriftleitung:

Berlin O., Müllersdorferstraße 60.

Abo-nomments-Bestellungen, Anzeigen u. c. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 8 Uhr.

Nummer 29.

Berlin, den 21. Juli 1907.

8. Jahrgang.

Kollegen, bezahlt pünktlich die Extrabeiträge!

Inhaltsverzeichnis.

Pflege der Volksgesundheit. — Die christlichen Gewerke im Jahre 1906. — Rundschau: Das Reichsvereinsamt. Eine teuere Arbeitervertretung. Neue Versuche der Scharfschützen-Gewerkschaften. Maister und gelbe Gewerke. Extrabeiträge. Keine Verschmelzung der Centralisten mit dem Sozialistischen. Das Ende des „Colax“. — Wirtschaftliche Bewegung. — Aus Überschüssen. — Die Lage in Gewerbeindustrie. — Soziales. — „Die Krone.“ — Handelsnachrichten: Beuthen, Gladbeck, Nesse, München, Berlin, Copen, Hirsch, Braunschweig I. Marburg, Frankfurt, Krefeld, St. Johann, Saarbrücken, Düsseldorf, Hannover, Kassel, Westerwald, Hinter-Rübach. — Soziale Rechtsprechung. Zwischenreden aus röhrenförmigen Hohlsteinen und Ton. — Soziale Wahlen. — Gerichtliches. — Baumfällen. — Literarisches. — Bekanntmachungen. — Versammlungsredner. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Pflege der Volksgesundheit.

II

Wenn schon durch die Reform der Wohnungsverhältnisse eine Sanierungsstörung, die Gesundheitspflege und die Maßnahmen zur Verbesserung der Volksernährung gewandelt zu werden beginnen, so eben zu diesem Zweck noch manche andere Aufgaben zu erfüllen.

Die Hygiene legt den Gemeindeverwaltungen weiterhin besonderen Auftrag auf, für Reinhaltung der Luft und des Bodens, des Erdballs und Gebrauchsmassers zu sorgen. Was den letzteren Punkt angeht, so ist besonders beachtenswert die in der Paderborner Generalversammlung des Verbandes Arbeiterwohl von Dr. med. Krautkug ausgetragene eindrückliche Mahnung an die ländlichen Gemeinden:

Wenn die dichten Quartiere in der Stadt die Bruttostätten der Schäferei und Ziegelei sind, die von hier aus zum Teil in den Berien ihren Weg aufs Land finden, so ist es anderseits festgestellt, daß auf dem Lande der Typhus zu Hause ist, der durch persönliche Übertragung oder indirekt durch den Nahrungsmittelvertrieb den Weg zur Stadt findet. Es ist für den Hygienisten schauffhaft, gelegentlich das Idyll eines Bauernhauses zu sehen, in dem die wassergebende schlecht abgedeckte Pumpe in ancheinend frischer und doch so gesellischer Nachbarschaft mit der unfrischen Mistgrube und der ebenso unfrischen Mistgrube sich befindet. Die mangelhaftesten Viehbrunnen auf dem Lande müssen allmählich verschwinden und Platz machen entweder einem steilen Brunnen, die von wirklich sachverständigen Brunnenbauern in gesunden Böden hergestellt sind, oder Zentralwasserleitungssystemen, die auch in kleineren Ortschaften durch Bildung von Zweiggemeinschaften für verschiedene Gemeinden mit eindrücklicher Kosten günstiger herzustellen sind.

Für Stadt und Land ist im Interesse der Volksgesundheit ferner die Bereitstellung billiger Volkshäuser erforderlich. Auch in den ländlichen Gemeinden ist dies, wie manche Beispiele beweisen, bei gutem Willen überall unüber zu ermöglichen. Für die städtische und industrielle Bevölkerung ist außerdem die Erholung in freier Natur eine hygienische Notwendigkeit, und die Stadtverwaltungen müssen hierfür nach Möglichkeit Gelegenheit bieten durch Schaffung von Volksparks, ausreichender und billigen Verkehrsverbindungen usw.

Was jedoch die Fürsorge für Kranken und Genesende anlangt, so ist zwar auf diesem Gebiete auch für die ländliche Bevölkerung noch bei weitem nicht in genügender Weise durch Krankenhäuser, Genesungsheime, Heilanstalten für Tuberkulose usw. gesorgt, aber die schwierigsten und schwierigsten Aufgaben ergeben sich doch auf dem Lande. Dies um so mehr, als die ländlich-industrielle Bevölkerung in weit geringerem Maße als die industrielle an der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung beteiligt ist. Daher muß — neben gesetzgeberischen Reformen hinsichtlich der beiden ersten Versicherungsarten — die Landbevölkerung zur besseren Ausübung der in der Invalidenversicherung gebotenen Hilfsmittel (Heilverbrennen, Darlehen für Krankenhausaufenthalt, Beihilfen für die Gemeindekrankenpflege usw.) angeregt, mit einem Wort, die Arbeiterversicherung muß mehr in den Dienst der ländlichen Wohlfahrt und Krankenpflege gestellt werden. Wie die eigentliche Krankenpflege im engeren Sinne betrifft, so sind hierfür auf dem Lande die kleinen Schwesternvereinigungen und Pfarrkirchen, höchstens zehn Schwestern von qualifizierten deren Hauptaufgabe die ambulante Krankenpflege. Solcher Niederlagerungen ohne eigenständigen Krankenanstalten gibt es in Preußen nach einer Berechnung des Statistikamtes rund 1300. Den tatsächlichen Bedarf kann man nicht genügt und kann auch in Zukunft nicht voraussehen, da die Entwicklung der Bevölkerung in den letzten Jahren auf diesen Gebieten keinen wesentlichen

bestmöglicher Organisation ihrer Wirksamkeit von den Ordensschwestern allein nicht genügt werden. Ergänzend muß daher die sog. Gemeindekrankenpflege eintreten, d. h. es müssen weltliche Berufspflegerinnen, wie sie z. B. der Charitasverband für das kath. Deutschland ausbildet lässt, für die einzelnen Gemeinden angestellt werden, die mit Unterstützung charitativ wirkender Hilfskräfte, sog. Krankenbesucherinnen, eine geordnete Pflege planmäßig organisieren und leiten.

Von größter Bedeutung sowohl für die Krankenpflege wie zur Förderung aller die Volksgesundheit betreffenden Maßnahmen ist die Auflösung und Belehrung des Volkes selbst, und hierbei können und müssen die verschiedenen Kreise mitwirken. In erster Linie natürlich die Herzige, die vor allem berufen sind, die notwendigen hygienischen Kenntnisse ins Volk zu tragen; dann auch die Lehrer und Lehrerinnen, die bei der Jugend das Verständnis für eine gesundheitsgemäße Lebensweise zu wecken und zu pflegen haben. Eine dankenswerte Aufgabe bietet sich auch operativwilligen Frauen der bestergestellten Kreise, die durch Aufsuchen unerfahrenen Hausfrauen in ihren Wohnungen und durch praktische Anweisungen an Ort und Stelle manches zur Verbesserung der gesundheitlichen Verhältnisse tun können. Und endlich sollen auch die Geistlichen, wie in der Paderborner Generalversammlung Weihbischof Dr. Godel betonte, der Förderung des gesundheitlichen und sozialen Wohlergehens der ihnen anvertrauten Bevölkerung ihre Aufmerksamkeit und nach Kräften auch ihre Mitarbeit widmen. Erwähnt sei bei dieser Gelegenheit eine von der Zentralstelle des Volksvereins für das kath. Deutschland (M. Gladbach) herausgegebene Blütlchrift (Gemeinnützige Heilsbibliothek Nr. 1, Preis 5 Pf.), welche in gemeinderänderlicher Weise die Aufgaben der Volksgesundheitspflege behandelt und bei der diesbezüglichen Belehrung des Volkes die besten Dienste leisten kann.

Es sind im allgemeinen keine neuen Wege, welche der Verband „Arbeiterwohl“ in seiner Paderborner Generalversammlung der Volksgesundheitspflege gewiesen hat. Aber ihr Wert beruht in dem eindrücklichen Appell, der damit von neuem an alle berufenen Kreise gerichtet worden ist, sich ihrer Pflicht der Mitarbeit auf einem wichtigen Gebiet der Volkswohlfahrt bewußt zu werden. Möge er nicht ungehört verhallen und möge er insbesondere auch mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Gesundheitspflege für die gesamte soziale Hebung der heutigen und erst recht der zukünftigen Generation allerseits Beachtung finden.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1906.

III

Bildungsbestrebungen.

An die führenden Kräfte der Gewerkschaftsbewegung werden stets steigende Anforderungen in geistiger Hinsicht gestellt. Die vielfältigen organisatorischen Kräfte sowie die stetig in Veränderung begriffene Struktur des Wirtschaftslebens müssen sorgfältig verfolgt werden, was nicht sehr leicht ist für Kräfte, denen die Vorbildung für die ökonomische Wissenschaft fehlt. In den letzten Jahren wird diesem Bedürfnis durch volkswirtschaftliche Kurse zu begegnen versucht. Der Volksverein für das katholische Deutschland veranstaltet nunmehr seit 1901 alljährlich Kurse von acht bis zehntägiger Dauer, und auch der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine hat in Gemeinschaft mit anderen sozialpolitischen Korporationen seit 1904 alljährlich Kurse von vierwöchiger Dauer abgehalten. Auf diesen Kursen, zu denen wohl die christlichen Gewerkschaften den größten Teil der Teilnehmer entsenden, werden dieselben über die wichtigsten Fragen der Volkswirtschaft, der neuzeitlichen Wirtschaftsentwicklung, der sozialen Gesetzgebung, der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen usw. orientiert. Verschiedentlich wurde an diesen Kursen bemängelt, der Lehrling würde in eine einseitige Schublone gepresst, wodurch die Objektivität schaden erleide. Diese Anschuldigung beruht indes mit auf Vorurteilen. Die beiderseitigen Kurzusleitungen sind, wie wir uns im Laufe des Jahres überzeugt haben, ernsthaft bemüht zur Darstellung zu bringen, was ist. Auch auf den Hochschulen werden die betreffenden Wissensgebiete nicht einwandfrei gelehrt.

Es wäre natürlich vermessen, annehmen zu wollen, daß auf Kursen von solcher Dauer den Teilnehmern die für einen Arbeiter- oder Gewerkschaftssekretär erforderlichen Kenntnisse vermittelt werden könnten. Dafür sind die sozialen und wirtschaftspolitischen Zusammenhänge viel zu sehr kompliziert. Aber eine gute Anleitung wird blossfalls den Kursisten aufeinander folgenden Jahren, die jahre vorher längere Zeit in der Bewegung gefanden haben und denen daher der Lehrling nicht mehr ganz fremd ist.

Die Anstellung eines Gewerkschaftsbeamten wird natürlich nicht von der Teilnahme an einem solchen Kursus abhängig gemacht. Die meisten der gegenwärtig angestellten Beamten der christlichen Organisationen mitteilen sehr viel übertrifft, haben erfahrene mehr Beamte angestellt, als die christlichen Gewerkschaften in ganz Deutschland. Wir wollen mit diesem Grunde nicht der Anstellung weiterer Beamten in unserer Bewegung das Wort reden, nachdem die einzelnen Verbände in den letzten Jahren auf diesen Gebieten sehr aufgewandt

Verbände hatten nicht Gelegenheit, an einem der bezeichneten Kurse teilzunehmen. Es ist jedoch auch unwahr, daß alle bekannten Führer der christlichen Gewerkschaften M. Gladbachs „Schüler“ seien, wie in der sozialdemokratischen Agitation behauptet wird. Kollegen, die glaubten, nur einen Kursus mitmachen zu brauchen, um dann in der christlichen Arbeiterbewegung angestellt zu werden, werden im Laufe der Jahre manche Enttäuschung erlebt haben. Keine größere Bewegung ist von Elementen frei, die man mit „Streber“ zu bezeichnen pflegt. Solchen möchten wir auch an dieser Stelle von der Teilnahme an den besprochenen Kursen abraten; sie werden dabei kaum auf ihre Meinung kommen. Die Führer einer Bewegung dürfen in diese nicht hineingesetzt werden, sondern müssen aus derselben hervorwachsen. Und Kollegen, die gebiegene Gedanken entwickeln und fleißig und besonnen eine organisiatorische und agitatorische Tätigkeit entfalten, bleiben innerhalb einer Bewegung nicht unbekannt. Die Taten empfehlen besser als bloße Worte.

In den nächsten Jahren bleibt zu erwägen, ob nicht für die bereits angestellten Beamten der christlichen Gewerkschaften 10—14tägige Fortbildungskurse abzuhalten sich empfiehlt. Mit dem Erstellen unserer Bewegung sind auch die Schwierigkeiten gewachsen, die sich derselben entgegenstellen. Dann empfinden die Bezirksteile der einzelnen Verbände, die jahraus, jahrein in der Kleingebung tätig sind, das Bedürfnis nach etwas freier Zeit zu ihrer Fortbildung. Das Erstellen der Arbeitgeberverbände, die größtenteils von akademisch gebildeten Sekretären geleitet werden, läßt ebiges Bedürfnis ebenfalls begreiflich erscheinen.

Für die örtlichen Vertrauensleute werden insbesondere in den Wintermonaten Altershalben Unterrichtskurse veranstaltet, deren Erfolge höchst deutlich erscheinen. Daneben wird in den letzten Jahren die billige, sozialpolitische und gewerkschaftliche Literatur energisch zu verbreiten gesucht. Zu diesem Zwecke wurde auf dem Generalkongress in Köln ein Schriftenverlag eingerichtet, der den Centralverstand, Ortsstellen und Bezirksleiter der einzelnen Verbände alle geeignete geschriebene Literatur vermittelte. In den ersten zehn Monaten ihres Bestehens erzielte diese Institution einen Umsatz von ca. 20 000 Mark. Je mehr unsere Bewegung erstaunt, desto aufnahmefähiger wird dieselbe für billige Literatur, so daß in den nächsten Jahren manche akute Frage in kleinere Brochüren behandelt werden wird.

Der Verband der Heimarbeiterrinnen veranstaltete ähnlich der Heimarbeiterschule in Berlin einen vierzehntägigen sozialpolitischen Kursus mit 30 Teilnehmerinnen. Die Vorträge wurden hauptsächlich von Herren des Bureaus für Sozialpolitik gehalten, während die Mitglieder des Centralvorstandes praktische Anleitungen für die Organisations- und Verwaltungsarbeit erhielten. Es gelang, von einer Kasse von 50 und für Hilfsarbeiter von 40 Pf. fortzusehen. Dazu erläuterten die Unternehmer, falls in Bremen-Elberfeld höhere Löhne festgelegt würden, wollten sie den Lohn entsprechend erhöhen, ev. dieselben Löhne im nächsten Jahre tatsächlich festlegen. In diesem Jahre hatte nun der Organisationssektor etwas nachgelassen. Jedemal trug dazu bei, daß sie im v. J. den Erfolg ohne Kampf und Opfer erzielten. Die Unternehmer, die ja stets über den Vergleichsbesuch und den Organisationsgeist ihrer Arbeiter unterrichtet sind, nutzten dieses auch aus. In den Kommissionenverhandlungen gaben sie das auch deutlich. An verschiedenen Stellen veranlaßten die christlichen Gewerkschaften allein und zum Teil in Gemeinschaft mit den konfessionellen Arbeitervereinen sogen. Volksbildungssabende, deren Programm meist künstlerische Darbietungen vorliegt. Diese Veranstaltungen erfreuen sich großen Zuspruchs und bieten den Teilnehmern jedesfalls mehr an Geistes- und Gemütsbildung als gemeinhin an sonstigen Freizeitaktivitäten geboten wird. Am Sonnabendmittag werden verschiedentlich von den christlichen Arbeitgeberorganisationen Theater gemietet, und vermittelst geringer Eintrittsgeldern für Unterhaltung der Mitglieder Sorge getragen. Die Wahl des Programms bleibt bei den gleichen Vorstellungen in der Regel den Arrangements überlassen.

Aus der Organisationspraxis.

Mit der äußeren Ausbreitung einer Bewegung muß die innere Festigung derselben gleichen Schritt halten. Somit gleich die derselbe einem Haus ohne solide Grundmauern. Diese Erwartungen verwirkend, haben im Berichtsjahr die Textil-, Metall-, Glass-, Holz- und Keramikarbeiter, Schneider, Bäder, Gärtner und der Verband für das graphische Gewerbe zu inneren Neorganisationsen veranlaßt. Weit wurde eine bedeutende Betragssteigerung und der Ausbau des Unterstützungswohns durchgeführt. Auch an der Vereinfachung der Verwaltung wurde gearbeitet. Die Handarbeiter, Textil-, Metall- und Holzarbeiter haben mehrere Bezirksstellen eingegrenzt und stellten dann zur Abwicklung der Verwaltungsgeschäfte besondere Beamte an. Aus diesen Gründen, wie infolge der günstigen Mitgliedergewisselung in den Wuppertaler Tarif in allen Bestimmungen für ihr Gefolge bindend. Dadurch ist für Monsdorf die 9½-stündige Arbeitszeit eingeführt. Der Einheitslohn beträgt für Männer 52.— für Frauen 47.—. Neben über 274 Angestellten, es folgen dann die Maurer mit annähernd 200, die Handels- und Transportarbeiter 80, Buchdrucker 42, Bäder 35 usw. Allein im Rheinland und Westfalen, wo die Mitgliedszahl der sozialdemokratischen Verbände die der christlichen Organisationen nicht sehr übertrifft, haben erfahrene mehr Beamte angestellt, als die christlichen Gewerkschaften in ganz Deutschland. Wir wollen mit diesem Grunde nicht der Anstellung weiterer Beamten in unserer Bewegung das Wort reden, nachdem die einzelnen Verbände in den letzten Jahren auf diesen Gebieten sehr aufgewandt

gewesen sind. Aus der Anstellung eines Gewerkschaftsbeamten wird natürlich nicht von der Teilnahme an einem solchen Kursus abhängig gemacht. Die meisten der gegenwärtig angestellten Beamten der christlichen Organisationen mitteilen sehr viel übertrifft, haben erfahrene mehr Beamte angestellt, als die christlichen Gewerkschaften in ganz Deutschland. Wir wollen mit diesem Grunde nicht der Anstellung weiterer Beamten in unserer Bewegung das Wort reden, nachdem die einzelnen Verbände in den letzten Jahren auf diesen Gebieten sehr aufgewandt

Sie beschäftigt auf dem sozialdemokratischen Gebiete erheblichen Brüder, welche die Arbeitgeberseite ausmachen.

Unternehmens- und Betriebsräte sind in der Behandlung der Gewerkschaften und Verbänden im Vorjahr sehr früheren Beziehungen eingeschritten. Neuer Wahlregelungen der Gewerkschaften folgen besonders die Keramik- und Schuh- und Leinwandarbeiter sowie der Verband für das graphische Gewerbe bezüglich der Papierarbeiter Beschwerde. Sowohl die Betriebe der Keramik, Papier, wie auch Bedarfsgüter sind größtenteils in ländlichen Bezirken etabliert, in denen die betreffenden Unternehmer politisch wie gesellschaftlich die erste Rolle spielen. Und in dieser Gewerkschaftsverfassung erkennt es den selben als Annahme, wenn ihre "Arbeiter" sich nicht mehr mit der Rolle des Bittenden befriedigen, sondern zur Wahrnehmung ihrer Interessen sich zusammen schließen wollen. Entlassungen der Vertrauensleute bilden dann die erste Stufe des gewerkschaftlichen Kampfes. Das Vordringen der gewerkschaftlichen Organisation wird dadurch häufig erschwert, manunter aber auch begünstigt. Die Entwicklung mancher Gebiete ist den christlichen Gewerkschaften wohl auf solche Art gelungen, indem sie seither zufällig gefassten Wertheit, in Versammlungen über das Verhalten der Unternehmer aufgeklärt, sich nunmehr massenhaft den gewerkschaftlichen Organisationen zuwenden.

Der § 153 der Gewerbeordnung erweist sich immer mehr als ein Ausnahmeparagraph für die gewerkschaftlich organisierten, nur bessere Lebensbedingungen kämpfenden Arbeiter. Vergangen, die sonst mit Lohn- oder Geldstrafe geahndet wurden, werden bei Ausschließung in unverhältnismäßig hohe Geldstrafen verwandelt. Unternehmer dagegen, die mit Materialarbeiten den widerstrebenden Kollegen die Beschlüsse ihrer Organisationen aufzuhalten und Arbeiter wegen der Zugehörigkeit zu einer gewerkschaftlichen Organisation entlassen, gehen in der Regel straflos aus. Spätmödige Zurückfinden heraus, das für solche Fälle der § 153 der Gewerbeordnung nicht anwendbar ist. Zug das Verbands- und Versammlungsrecht, insbesondere in Preußen, wird häufig von Polizeivögeln, in einer die Interessen der Unternehmer einseitig begünstigenden Weise gehandhabt. In letzterer Zeit kam es im Saarrevier auch vor, daß Polizeivögel Veramtungssammlungen bestimmt und nachträglich auf den Saarhafen einwirkten, die Vereinstellung seines Lokals entgegen der bereits gegebenen Auflage zu verbieten. Auch in der Frage der Organisation der italienischen Arbeiter hat die preußische Regierung gegenüber den christlichen Gewerkschaften eine wenig lärmliche Rolle gespielt. Den von Seiten des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands engagierten italienischen Sekretär wurden zunächst behördlicherseits allerlei Schwierigkeiten gemacht, um dann aus dem Königreich Preußen ausgewiesen zu werden. Später wurde in dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet auf Betreiben eines in Deutschland lebenden italienischen Journalisten, der sich als "Professor Rösa" ausgab, eine Vereinigung "Unione Operaia Italiana" gegründet. Diese Gründung wurde von der preußischen Regierung bei einem Kongress antelegraphiert, auf den Bahnhöfen Westdeutschlands durften Plakate ausgedehnt werden, die auf deren Bureau aufmerksam machten. "Professor Rösa" konnte als Ausländer in den Versammlungen reden — dem italienischen Sekretär des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften wurde dieses mehrfach untersagt — und nun ist diese Vereinigung wieder verbracht und "Professor Rösa" nach Berichten der Tagespresse in Holland als Schwindler verhaftet worden. Wir können uns das feste Verhalten der preußischen Regierung nur damit erklären, daß die christlichen Gewerkschaften entgegen der "Unione Operaia Italiana", die italienischen Arbeiter unterschieden sich von den deutschen Unternehmern nicht als Streitbrecher missbrauchen zu lassen. Und die Gedankenwelt ist nach den Begriffen preußischer Ober- und Regierungspräsidenten "sozialdemokratisch".

In der Haltung der gegnerischen Organisationen gegenüber den christlichen Gewerkschaften ist eine Aenderung ebenfalls nicht eingetreten. Verschiedene sozialdemokratische Verbände haben immer noch die Taktik bei Bewegungen ohne Einvernehmen mit den christlichen Organisationen zu bestimmen, was häufig zur Folge hat, daß diese ihre eigenen Wege gehen und selbstständig mit den Unternehmern verhandeln. In der Regel kommen dann auf diesem Verhandlungswege doch eine heftige Vereinbarung zustande und haben solche Verbände durch ihr Vorgehen nur ihre Unzulänglichkeit vor den Unternehmern illustriert. So nur irgend angründig sucht man auch die christlichen Gewerkschaften bei Tarifabschlüssen und den in denselben vorgesehenen Einigungsinstanzen auszuhalten. Doch auch diese Mittel machen dem Unternehmen keine "Rückziehungsprotokoll" von den Unternehmern, wo statt "a" das Worten "b" gefestigt ist, wird dokumentiert, doch nicht unerwähnlich der Kleiner Tarif Gültigkeit haben sollte. Ein solches Spiel mitzumachen, war uns nicht zugemessen. Wie bei diesen daher sofort auf den 16. Juni eine öffentliche Volksversammlung ein, um das Gebot der Zimmermeister zu brandmarken. Die Plakatierung dieser Versammlung hatte den Erfolg, daß die Unternehmer ihr Protokoll zurückzogen und anstelle Tarif anerkannten. Derlei bringt für die Zimmermeister keine Vorteile in u. a. eine Lohnverhöhung von 4-5

für die Angehörigen der katholischen Fachberufen ist. Die Zulässigkeit die hiesige Schule. Bei Kämpfen verteidigen die Kämpfer des Berliner Verbandes nicht selber die Durchführung der Gewerkschaftsbeschlüsse, und sofern ihnen dabei Schwierigkeiten seitens der Leitung gemacht werden, treten sie, wie in verschiedenen Orten Schlesien, den örtlichen Gewerkschaften bei. Wenn die Unternehmer jedoch Angehörige ablehnen und durch barbaresche Eifersucht die Arbeitszeit möglichst lange verlängern, so sind diese Erfolge ja offensichtlich, daß die Arbeiter dies nicht mit Fortingen über die Schädigkeit der Eifersucht beweisen könnten. So sieht die Bevölkerung die sündigen theoretischen Grundsätze über den Lohnen. Daß die letzten Formen sozialen und Gewerken daraus die nötigen Lehren ziehen, darf zweifellos indes nicht erwartet werden.

Schlußbemerkungen.

Der örtlichen Gewerkschaftsbewegung waren somit auch im Jahre 1905 wichtige Erfolge beschieden. Sie hat an der Herstellung des Tarifs der deutschen Arbeiterschaft in verschiedensten Industrien, die Zahl ihrer Abgeordneten erhöht, und die sozialdemokratische Gewerkschaften hat eine weitere Breitung erfahren. 1905 war daher unter den zahlreichen Gewerkschaften und den meisten Gewerkschaftsverbänden der christlichen Seite ein gemeinsamer und gemeinsamer Widerstand ausgetragen, der keinen Erfolg gebracht hat. Es kann dieser Widerstand seine Arbeit fortsetzen und weiter zu wichtigen Erfolgen führen. Es kann jedoch kein Erfolg sein, wenn die Gewerkschaften nicht auf die Arbeiterschaft und die Unternehmern einwirken. Es kann jedoch kein Erfolg sein, wenn die Gewerkschaften nicht auf die Arbeiterschaft und die Unternehmern einwirken.

Unter den Organisationen steht der Tarif nicht nur vorne. Soziale Machtbedeutung der letzten Jahre wird durch die sozialdemokratischen Gewerkschaften bald 2/3 Mitglieder, die christlichen dagegen ca. 500 000 Mitglieder adhären und diese durch die Tarifvereinigung der Arbeitgeberseite sowohl gegen über sozialdemokratischen Plänen wie auch zur politischen und gewerkschaftlichen Taktik der sozialdemokratischen Bewegung. Schon heute wird die Haltung der gegnerischen Organisationen durch das Bestehen der christlichen Gewerkschaften in viel stärkerem Maße beeinflußt, als jemals zuvor angenommen wird. Der Streit der letzten Jahre über die Tarif zwischen sozialdemokratischer Partei und Gewerkschaften ist nicht zuletzt von der Auseinandersetzung auf die christlichen Konkurrenzorganisationen entstanden. Durch das Erstellen der christlichen Gewerkschaften wird aber auch den Scharfmachern der Boden abgegraben, und zwar dadurch, daß in den betreffenden bürgerlichen Parteien innerhalb derselber sich die christlichen Gewerkschaften beteiligen, die sozialpolitisch fortschrittliche Richtung gefordert wird. Diese Entwicklung ist der deutschen Arbeitgeberseite ungünstig, und daraus erklärt sich, daß dieselbe bei der letzten Reichstagswahl die Sozialdemokraten gegenüber Giesberts und Geisslers als das kleinere Uebel empfahl. So bildet die christliche Gewerkschaftsbewegung in stets steigendem Maße den Punkt gegen Scharfmacher von oben und unten. In dieser bedeutenden Stellung muß weiterhin Gewinn gewonnen werden, allen Schwierigkeiten zum Trotz. Das christlich-nationalen Arbeiter-Element bildet heute noch einen großen Bruchteil unter seinen Standesgenossen, es fehlt ihm nur an Aufklärung und Schnauze. Es gilt sonach: die Arbeit der letzten Jahre fortzuführen gegenwärtigen wie uns stets: Ein Stand, der nicht die Kraft besitzt, sich seine Rechte zu erringen, ist im gegebenen Falle auch nicht fähig, von diesen Rechten richtig Gebrauch zu machen. Dieses Bewußtsein läßt uns manche Schwierigkeiten geringer, ja als notwendig erscheinen. Eine große Sache ist nie ohne Opfer erreicht worden.

Gün.

A. Stegerwald.

Rundschau.

Das Reichsvereinsgesetz.

Wie die "Börsische Zeitung" mitteilt, wird das angekündigte Reichsvereinsgesetz dem Reichstage sofort bei seinem Zusammentritt zugehen.

Eine neuere Arbeitervertretung.

Bürgerliche Blätter, darunter auch solche, welche im übrigen einen entschieden arbeiterfreundlichen Standpunkt einnehmen, teilen mit:

"Der Centralverband der Maurer hat seine Abrechnung für das erste Quartal 1907 fertiggestellt. Für den Verbandstag in Köln wurde die enorm hohe Summe von 36 657 Mark 17 Pf. ausgegeben."

Da solche Notizen in der Regel zur Agitation gegen die Gewerkschaften ausgenutzt werden, namentlich unter den Arbeitern selbst dahin gedeutet werden, steht so wird mit einem Geiste umgegangen, die Söhne machen sich gute Tage wie, müssen wir dem aufs entschiedenste entgegentreten, auch wenn es sich hier um einen sozialdemokratischen Verband handelt. Umso mehr, als bürgerliche Zeitungen sehr oft die Mutterarbeiten der radikal-sozialistischen Kreise gegen die Gewerkschaftsführer auß schärfste verurteilen. Denn wird die Masse durch derartige Mitteilungen wie oben, wenn sie den Zusammenhang der Dinge nicht kennt, nicht auch gegen die Führer aufgehetzt? Erst kürzlich konnten wir so bewegliche Klagen über Nichtbeachtung der Autorität der Führer hören. Wie steht sich nun die obige Summe zusammen: anwesend waren 290 Delegierte und dauerte die Generalversammlung sechs Tage. Hinzu kommen je ein Tag für Hin- und Rückreise, sind also acht Tage. Wenn wir nun die Vorbereitungen zur Generalversammlung, statistische Arbeiten, Drucksachen, Porto usw. mit 5-6000 Mark berechnen, so entfallen auf einen Delegierten ungefähr etwas über 100 Mark. Davon kann man durchschnittlich 30 Mark für Fahrgeld rechnen, es bleiben somit 70-80 Mark für zirka sechs Tage entgangener Arbeitsverdienst und für Diäten übrig. Das ist die ganze Herrlichkeit, und wer solche Generalversammlungen mitgemacht, weiß, daß dort in der Regel Geld aus der eigenen Tasche drausgelegt wird. Auf die Zahl der Mitglieder des roten Maurerverbandes verteilt entfällt auf pro Kopf Generalversammlungskonto etwas über 18 Pf. — das ist die teure Arbeitervertretung. Man sollte sich doch nicht lächerlich machen mit derartigen Summensmitteln, das sollte man dem Reichsverband zur Belästigung der Sozialdemokratie und seinen Lebanten überlassen. Wenn auch die Sozialdemokratie nicht wählbarisch in der Wahl ihrer Mittel ist und momentan uns mit den schmutzigen Waffen bekämpft, sollte uns dies nicht abhalten, auf derartige Waffen zu verzichten.

Neue Versuche des Scharfmachers.

Die wohlthätige Wirkung des Buchdruckertarifs auf das gesamte Buchdruckerhandwerk ist bekannt, und haben tarifstreue Firmen seitens der Staats- und Kommunalbehörden dadurch Unterstützung gefunden, indem sie bei Vergebung von Arbeiten bedrängt wurden. Die darin enthaltene Anerkennung und Förderung der Tarife war aber den Scharfmachern schon längst ein Dorn im Auge, und warteten sie mit einer gräßigen Gelegenheit, um dagegen Sturm zu legen. Eine kleine Anzahl von Buchdruckereibesitzern, welche dem Tarif nicht besonders freundlich gegenüberstehen, namentlich aber Feinde des "Gewerbevereins" sind, haben einen eigenen Verband gegründet und führen nun den Kampf gegen den Tarif. Das sie mit ihren Besitzern bei den Oberaufsichtsräten im Centralverband gewinnerdig gewordenen Unternehmen erhalten würden, ist ebenfalls in richtiger Würdigung der Arbeitsmoral, die sie ausüben, und beweisen sie daher den mächtigen Gewerkschaften und den Arbeitern vor ihren Tagen, um nicht angreifen Gelegenheit gegeben zu haben, auch keinen Nutzen gegen die Tarifvereinigung. Befreiung zu geben.

glieder des Centralverbandes der Buchdrucker, und bleibt durchweg tariffrei, stattdessen möge. In der Begrüßung genannten Antrages heißt es:

"In dieser Weise sind wir durch den Umstand beworben, daß eine Anzahl von Druckereien, von deren Inhabern die christlichen Organisationen halfen, 2/3 Mitglieder, die christlichen Organisationen haben ca. 500 000 Mitglieder adhären und diese durch die Tarifvereinigung der Arbeitgeberseite sowohl gegen über sozialdemokratischen Plänen wie auch zur politischen und gewerkschaftlichen Taktik der sozialdemokratischen Bewegung. Schon heute wird die Haltung der gegnerischen Organisationen durch das Bestehen der christlichen Gewerkschaften in viel stärkerem Maße beeinflußt, als jemals zuvor angenommen wird. Der Streit der letzten Jahre über die Tarif zwischen sozialdemokratischer Partei und Gewerkschaften ist nicht zuletzt von der Auseinandersetzung auf die christlichen Konkurrenzorganisationen entstanden. Durch das Erstellen der christlichen Gewerkschaften wird aber auch den Scharfmachern der Boden abgegraben, und zwar dadurch, daß in den betreffenden bürgerlichen Parteien innerhalb derselber sich die christlichen Gewerkschaften beteiligen, die sozialpolitisch fortschrittliche Richtung gefordert wird. Diese Entwicklung ist der deutschen Arbeitgeberseite ungünstig, und daraus erklärt sich, daß dieselbe bei der letzten Reichstagswahl die Sozialdemokraten gegenüber Giesberts und Geisslers als das kleinere Uebel empfahl. So bildet die christliche Gewerkschaftsbewegung in stets steigendem Maße den Punkt gegen Scharfmacher von oben und unten. In dieser bedeutenden Stellung muß weiterhin Gewinn gewonnen werden, allen Schwierigkeiten zum Trotz. Das christlich-nationalen Arbeiter-Element bildet heute noch einen großen Bruchteil unter seinen Standesgenossen, es fehlt ihm nur an Aufklärung und Schnauze. Es gilt sonach: die Arbeit der letzten Jahre fortzuführen gegenwärtigen wie uns stets: Ein Stand, der nicht die Kraft besitzt, sich seine Rechte zu erringen, ist im gegebenen Falle auch nicht fähig, von diesen Rechten richtig Gebrauch zu machen. Dieses Bewußtsein läßt uns manche Schwierigkeiten geringer, ja als notwendig erscheinen. Eine große Sache ist nie ohne Opfer erreicht worden.

Polnische Gewerkschaften.

Die nationalpolnischen Bestrebungen haben zur Errichtung von polnischen Gewerkschaften geführt, von denen bis jetzt drei bestehen, eine in Posen, eine in Breslau und eine dritte, eins christlich-polnische Gewerkschaft gegenwärtiger Hilfe, in Oberschlesien. Die kürzlich geführten Verhandlungen zur Verschmelzung dieser Gewerkschaften zu einem einzigen Verband mit dem Sitz in Berlin haben noch zu keinem Ergebnis geführt. Inzwischen ist für die Provinzen Schlesien und Westfalen vor etwa zwei Wochen ein besonderer polnischer sozialdemokratischer Verband in Leben gerufen worden. Seine Aufgabe ist nach dem vereinbarten Statut die Verbreitung der polnisch-polnischen Idee in Westfalen und der Rheinprovinz, die von Versammlungen, öffentlichen Aufrufen, sozialistischen Bibliotheken, Universitäten sozialistischer Parteien, Daten bei den Wahlen zum Reichs-, Landtag, den Gemeindevertretungen usw. Der Verband setzt sich zusammen aus den Unterverbänden "Breslauerische Hilfsverein" (Oberhausen) und "Aufklärung" (Herne). Verbandsorgane ist die in Katowitz erscheinende "Gazeta Robotnicza". Das bringt doch wenigstens einmal eine Pflichtung, unmerkt man bald, wo die Reise dieser nationalpolnischen Gewerkschaften hingehört, nämlich zu den Sozialisten.

Maiseler und gelbe Gewerkschaften.

Dass durch die unsinnige Taktik und der Verbindungen zwischen Partei und Gewerkschaft durch die "freien" Verbände nur die Arbeitervordekte Vorteile haben, wird von einem sozialdemokratischen Metallarbeiter, Maiseler, im "Vorwärts" bestätigt. Er schreibt von der

Haben doch alle Versuche, in der Großindustrie die Arbeitsruhe zu erzwingen, nicht nur große materielle Opfer erfordert, sondern die Organisation in manchen Betrieben auf lange Zeit vollständig lahmen zu legen, Gewaltmaßnahmen in den eigenen Reihen und sogar die Gründung von gelben Gewerkschaften gebracht.

Also Opfer, Gewaltmaßnahmen, in den eigenen Reihen und gelbe Gewerkschaften. Dieses Geständnis ist verblüffend für uns. Was sagt der "Grundstein" hierzu? Und kann man dann noch mit Recht verlangen, daß vernünftige Arbeiters derartige arbeiterfeindliche Kreise mitmachen sollen? U. a. w. g.

Zudem spricht sich der Genosse Maiseler aus, nur dort wo es nicht möglich ist, soll gearbeitet werden dürfen, dafür aber der betr. Tagesverdienst der Partei zum Opfer gebracht werden. Das ist sozialdemokratische Konsequenz und Arbeitersfürsorge. Nebenbei gefragt will der Genosse Maiseler den Charakter eines "Opferfestes" geben. Das wird ja immer weiter.

Extrabeiträge.

Der Centralverband der Maurer Deutschlands (Sozialdemokratismus) greift in seiner letzten Nummer einen Extrabeitrag von 3-6 Mark, zahlbar in zehn Wochenraten, aus. Ebenso erhebt der sozialdemokratische Dachdecker-

verein seine Verhinderung der Centralisten mit den Anarcho-Sozialisten. Der Wismarer sozialdemokratische Vorstand greift in seinem ersten Auftretensbericht die Gewerkschaften an, die gegenwärtig keine Anerkennung der Wirtschaft

mit der Centralverbänden zu seien, anderenfalls den Ausschluß aus der Partei zu gewärtigen haben. wurde ihnen also mit Acht und Baum gedroht. Der Vorstand hat sich nun redlich bemüht, diese Einigung herbeizuführen, um so dem Ausstozungsbefreiung entgegen zu sein; es scheint jedoch kein Glück damit zu bringen. Das anarcho-sozialistische Blatt, die "Einigung", erklärt die Gegenläufe zwischen beiden Richtungen zu tief, als daß sie durch eine Verschmelzung überdeckt werden könnten und schreibt:

"Einer, uns aufgezwungenen Disziplin und zu unterwerfen, sehen wir als erfollose Handlung an, die man nur gegenwärtig zumutet kann, und verweigern wir den Gehorcamt dann, wenn der Vorstand der Parteivorstand ist. Einfachwörthig die Erwählten einer Arbeiterschaft, die auf Grund eines Dritten die ihr geworbenen Aufgaben nicht erfüllen und treulos werden!"

Die gedachte Einigung wird hier noch nicht zustande kommen, ja die Gegenseite scheint sich noch zu verabscheuen. Es dürfte dann bald heißen: Wer nicht pariert, fliegt. Mit Dr. Friedeberg ist bereits der Anfang gemacht, seine Angelegenheit ruht nur noch in den Händen eines Schiedsgerichtes, das aber aus seinen ausprochenen Gegnern besteht. Auf Grund des sozialdemokratischen Programms sind die Sozialisten mindestens die sequenteren.

Das Ende des „Talers“.

Mit dem 1. Oktober d. J. gelten die Taler als gängliches Zahlungsmittel nicht mehr. Von diesem Zeitpunkt an ist niemand mehr verpflichtet, außer den mit Einigung beauftragten Kassen, diese Münze in Zahlung zu nehmen. Von den Reichs- und Landesfassen ist dieselbe noch bis zum 30. September 1908 sowohl Zahlung als auch zur Umwechselung angenommen, verschwindet ein namentlich bei den untenstehenden beliebtesten Geldstück. Die ersten Taler wurden in Annaberg im böhmischen Thal 1600. Jahrhundert geprägt, die Ableitung des Namens von „Tal“: Taler.

Wirtschaftliche Bewegung.

Zugang fernhalten: Berlin, Maurer, Zimmerer, Bäcker und Bauhilfsarbeiter, Sagan, Maurer und Zimmerer, Kruszwitz, Maurer, Weissenburg i. S., Ausstellung (Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter), Bamberg (Maurer), Aachen (Maurer, Füger, Bauhilfsarbeiter), Melle (Maurer und Bauhilfsarbeiter), Landeshut (Maurer), Eichenberg (Steinbrecher), Altenbergh (Steinarbeiter), Zimmerer (Zimmerer), Mühlhausen i. S. (Maurer), Hagenau (Maurer), Neustadt, Welspe, Gemeinfabrik Molschau (Hilfsarbeiter), Oberfeld (Fleischerei), Sperré über die Firma Rummelhöller, Arnsdorf (Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter), Görlitz (Maurer), Görlitz (Sperré über Wingenfeld), Essen a. d. Ruhr (Stuttgarter), Sperré über Zwischenmeister Helmrich und Heinemann und Pläss.

Beirat Frankfurt a. M.

Willingen. Die Lohnbewegung der Zimmerer ist beendet. Die erste Unterhandlung, in welcher die Unternehmer keine guten Zugeständnisse machten, folgte eine weitere, in der dritten Lohnsätze aufgestellt wurden. Von jetzt bis 1. April 1911 44 Pf., vom 1. April 1908 bis 1. April 1909 46 Pf., vom 1. April 1909 bis 1. April 1910 48 Pf., vom 1. April 1910 bis 1. April 1911 50 Pf. Diese Vereinbarung wurde in der gemeinschaftlichen Versammlung abgelehnt. Mithin ging der Streit weiter, und hatte es den Anschein, als ob sich der Kampf hinauszogen würde. Nun wurde den beteiligten Organisationen von Seiten der Unternehmer ein Schreiben zugesandt, welches besagte, daß die Unternehmer auf ihrem oben angeführten Anreichten bestehen müssten, und, falls die Unternehmer bis Montag, den 8. Juli, dieses nicht angenommenen, ihre Frist hinfällig sei, Gauleiter Janzen vom "freien" Zimmererverband rügt nur vor, eine Versammlung anzubauen, die nochmals darüber entscheiden sollte. Während Janzen in der ersten Versammlung überhaupt fehlte, trat er jetzt für Annahme des vor acht Tagen abgelehnten Tarifes ein, das denn auch mit großer Mehrheit gefasst. Ursprünglich sollte Janzen uns vom Vertrage ausschließen, wurde jedoch eines anderen belehrt. Die ganze Tarif von Janzen ist deutlich erkennen, daß er vor allem andern den größten Nutzen auf unsere Aussichtslinie legt. Unsere Kollegen aber werden jetzt die Zeit des Tarifvertrages benützen zur Stärkung ihrer Organisation.

Eichenberg. In Eichenberg stehen wir jetzt schon neun Wochen im Streit. Die Fahrgärtner-Eisenbahn-Gesellschaft sucht nun diese ganze Zeit die Verhandlungen abzumachen. Hauptlich ist dieses auf den Herrn Direktor zurückzuführen. Soviel das Bezirksamt, wie der Fabrikdirektor konnten diese Belegschaft nicht zu Unterhandlungen bewegen. Auch haben wir hier eine Masse Streikbrecher gefunden. In einer am 23. Juni stattgefundenen öffentlichen Versammlung legte Kollege Venhart die Situation klar, und wurde den Kollegen anderweitig Arbeit angewiesen. Wenn nun die Kollegen seinen Worten folgen, indem sie fest zusammen halten und die Subsistenzentfernen und gewinnen helfen, werden wir später nicht mit den gebotenen 38 Pf. Stundenlohn und 100 M. pro Kubikmeter Kalksteine zufrieden sein, sondern uns das zu erkämpfen müssen, was wir brauchen, um unsere Familien zu ernähren. Für uns hier im Fahrgärtner muß die Parole heißen, fest und treu für unsere Sache arbeiten und den Worten unserer Führer folgen, dann wird der Sieg auf unserer Seite sein.

Böblingen. Durch den Streit der Stuttgarter ist beendet. In einer Unterhandlung, welche im Sitzungssaale des Handelskammer-Büros stattfand, wurde ein Arbeitsvertrag abgeschlossen, der folgendes bestimmt: Die Arbeitszeit beträgt täglich 10 Stunden, vom 15. Juli bis 31. März 1909, bis zum 31. März 1910 9½ Stunden, und bis 31. März 1911 neun Stunden, mit zwei Stunden Pausen für Frühstück und Kaffee, Lebensmittel, Nacht- und Sonntagsarbeit ist nur in dringenden Fällen zulässig. 9½ Stunden sind folglich zu betrachten, welche über die festgesetzte Arbeitszeit hinausgehen und in der Zeit von 5 bis 10 Uhr morgens oder 7–10 Uhr abends fallen. Die Nachtarbeit führt in die Zeit vom 10 Uhr abends bis 1 Uhr morgens. Der Tarifzuschlag für einen selbstständig arbeitenden Stuttgarter beträgt 10 Pf. pro Stunde, für Berufskarbeiter 15 Pf. pro Stunde. Lebhafte erhalten im ersten Gesellenjahr, wenn sie die Gesellenprüfung abgelegt, 35 Pf., andernfalls 30 Pf. pro Stunde. Der Tarif beginnt vom 15. Juli 1907 bis 31. März 1908 10 Pf. pro Stunde, vom 1. April 1908 bis 31. März 1909 12 Pf. vom 1. April 1909 bis 31. März 1910 weitere 3 Pf. und 1 Pf. nicht beglichen. Zudem gibt es jahreszeitliche und

mindestensfähig sind, darf ein geringerer Lohn vereinbart werden. Überstunden sind mit einem Lohnzuschlag von 25 Prozent, Nacharbeit mit 50 Prozent und Sonntagsarbeit mit 100 Prozent zu bezahlen. Bei allen gesundheitsgefährdenden Arbeiten unterliegt die Lohnfestsetzung der freien Vereinbarung. Die Lohnzahlungsperiode ist eine 14-tägige, jedoch werden wöchentliche Abzugszahlungen gestattet. Auch mögliche Lohnzahlungen sind gestattet. Der Lohn ist vor Feierabend auf der Arbeitsstelle auszuzahlen. Kündigung findet keine statt. Das Arbeitsverhältnis kann jederzeit, aber nur am Abend des vorliegenden Arbeitstages gelöst werden. Der Vertrag hat Gültigkeit vom 15. Juli 1907 bis 31. März 1911. Wird zum 30. September 1910 von keiner Seite der Vertrag gekündigt oder kündigt auf Abänderung gefestigt, so gelten die Bestimmungen bis zum 31. März des nächsten Jahres und so fort, bis eine ordnungsmäßige Kündigung am 30. September erfolgt. — Verhandelt wurde der Vertrag zwischen der Vereinigung selbständiger Stuttgarter, vertreten durch sämtliche Arbeitgeber, dem Centralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands, vertreten durch Karl Hillebrand und dem Stuttgarterverband, vertreten durch Theodor Jansen.

Beirat Köln.

Aachen. (Die Holländer im Aachener Baugewerbe.) Dem "Echo der Gegenwart" wird aus Gewerkschaftskreisen geschrieben:

"Ein Architekt und Bauunternehmer hat in ihrer geschätzten Zeitung seine Ansichten über die holländischen Arbeiter, die täglich früh nach Aachen und abends wieder zurückfahren, dahin geäußert, dass dieselben hier nichts verzehrten, keine Steuern zahlten und so unrechte Begünstigungen gegenüber den inländischen deutschen Arbeitern hätten. Der ganze Lohn dieser Leute, im Betrage von jährlich mehreren Millionen, soll dem deutschen Nationalvermögen unwiederbringlich verloren gehen. Den auf der Suche nach neuer Steuerquellen befindlichen Behörden empfiehlt der an dem Kampfe im Baugewerbe interessierte Architekt und Bauunternehmer, die Holländer heranzuziehen. Dieser Artikel ist offenbar in der Erregung geschrieben und darauf berechnet, die öffentliche Meinung auf die Seite der Bauunternehmer zu ziehen. Das geht aus jeder Zeile hervor. In Wirklichkeit liegen die Dinge gar nicht so wie sie der Artikelschreiber darstellt. Die holländischen Arbeiter verzehren in Aachen genau so viel, wie die ländlichen Arbeiter in den Landkreisen anderer Städte verzehren. Auch in Berlin, Köln, Düsseldorf etc. fahren die Arbeiter morgens zur Stadt und abends nach Hause. Die Esswaren bringen sie grösstenteils mit. Immerhin kaufen die Holländer manches in Aachen. Ein ganzer Teil holländischer Arbeiter ist die ganze Woche über hier in Logis. Klagen doch Geschäftleute, dass sie durch den Ausstand dreissig bis vierzig Mark Schaden pro Woche litzen. Es trifft auch nicht zu, dass der Verdienst der Holländer ein Verlust von mehreren Millionen Mark für das deutsche Nationalvermögen bedeute. Die holländischen Arbeiter, die in Aachen arbeiten sowie die ganze holländische Umgegend decken ihren Bedarf an Kleidung, Manufakturwaren, Fabrikerzeugnissen, landwirtschaftlichen Geräten, Kunstdünger etc. in Aachen. Es trifft auch nicht zu, dass heute in Holland ein deutscher Unternehmer, wenn er dort Arbeiten ausführen will, teures Patent zahlen muss. Seit 1895 ist dort Gewerbefreiheit, folglich ist kein Patent mehr nötig. Die Schreibweise des Architekten könnte manchen holländischen Käufer abschrecken. Den Nutzen, den die Bürger und die Stadt Aachen an den holländischen Arbeitern haben, können sie an den Italienern niemals haben. Bezuglich der Steuern verhält sich die Sache genau so wie in anderen Städten. Auch da bezahlen die Arbeiter in ihrem Dorfe die Gemeidesteuer, und was die Staatssteuer angeht, so gleicht sich das in den Grenzgebieten im übrigen Deutschland aus. Ferner möge der Artikelschreiber bedenken, dass in Holland über 50 000 Deutsche ihr Brot verdienen. Man findet es bezeichnend, dass so gegen Ausländer geschrieben wird. Im Haag sind die Vertreter aller Staaten beisammen, um den internationalen Frieden zu fördern und hier werden um einen Bagatelle willen solche Angriffe gegen Angehörige eines Nachbarstaates vorgebracht, die unsere unmittelbare Nachbarn, bluts- und stammbewandt und durch vielfache Familienbande mit uns verbunden sind. Beim vorjährigen Streit in Würselen bei der Firma Honigmann wurden die Holländer, die sich zu Streikarbeit hatten anwerben lassen, über den grünen Klee gelobt. Wir meinen, bei Lohnkämpfen brauchte eine Hetze gegen den Nachbarstaat nicht geführt zu werden. Über das nationale Interesse wachen ja unsere Institutionen."

Dass man jetzt gegen die Holländer scharf macht, ist gar nicht zu verwundern, denn ausländische Arbeiter sind bei uns nur gelitten und angesehen, wenn sie sich zum Lohndrücker oder Streikbrecher hergeben. Und die Behörde geht mit gutem Beispiel voran, indem sie die in der Gewerkschaftsbewegung eifrig tätigen einfach ausweist. Das ist zwar sehr einfach, aber nur nicht geeignet, die Achtung vor der Behörde und deren Unparteilichkeit zu erhöhen. Im Gegenteil.

Aachen, den 6. Juli. Der Lohnkampf im Aachener Baugewerbe geht schon in die elfte Woche, und das Ende ist noch nicht vorauszusehen. Die durch den Herrn Oberbürgermeister angebahnten Vermittlungsverhandlungen sind durch das protzige Verhalten der Unternehmer abgebrochen worden. Eine Lohnheröhung für dieses Jahr wollen sie nicht eingehen lassen, wenigstens insoweit nicht, dass es eine Lohnheröhung ist. Das rücksichtloses und sozial rückständige Bauunternehmertum ist hier zu verzeichnen. Die Kollegen müssen hier um einen Maurerlohn von 47 Pf. und für Bauhilfsarbeiter von 37 Pf. den schärfsten Kampf führen, wogegen in anderen Großstädten, wo man viel billiger leben kann, schon 55 resp. 45 Pf. für Bauhilfsarbeiter gezahlt werden. Die Hoffnung der Unternehmer, Italiener zu bekommen, hatte jedenfalls dazu beigetragen, die Vermittlung abzuwinken. Von annähernd hundert Italienern ist nicht einer hier geblieben. Am Donnerstag, den 27. Juni, wurden uns 23 Italiener auf dem ankommenden Zuge gemeldet. Die Unternehmer waren mit 15 Mann auf dem Bahnhof anwesend, um die Italiener mit zwei Omnibuswagen abzuholen. Der Streikberichter-Agent Sonnenschein aus Mülheim-Broich, welcher die Leute aus Pforzheim in Baden selbst geholt hatte, war im Zug als Führer und Begleiter. Unsere Kollegen waren entgegengefahren, um die Italiener aufzuklären. Ein grosses Polizeiaufgebot half den Unternehmern, die Italiener in die bereitstehenden Wagen hineinbringen, worauf sie in das für sie extra eingerichtete Streikbrechersyl befördert wurden. Elf der angekommenen Italiener gingen aber sofort mit in das Streiklokal. Die Freude der Unternehmer war nicht von langer Dauer. Als die Italiener über die örtlichen Verhältnisse orientiert waren, erklärten sie sich solidarisch. Gegen den Streikbrecher-Agenten Sonnenschein wollten sie klagbar vorgehen, da derselbe ihnen durch Vorspiegelung falscher Tatsachen grossen Schaden zugefügt hat. Die Italiener sind Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes. Hoffentlich nimmt sich dieser der Sache an, da eine am hiesigen Gewerbericht anhängig gemachte Klage abgewiesen wurde. Bis heute sind von den streikenden Kollegen etwa 700 abgereist und in andere Arbeit auswärts gegangen. Leider hält es schwer, die Kollegen zur Abreise zu bewegen, was nur ihr eigener Schaden ist. Waren die Kollegen beiziehen zu Anfang des Kampfes abgereist, wäre nur ein für allemal in Mülheim vorbei sein. Dazu mit

der Kampf heute zu unseren Gunsten bereits beendet. Die Unternehmer rechneten damit, dass die hiesigen Kollegen sich nicht gern von ihrer Heimat trennen würden. Leider beweist ein grosser Teil dieses, und dadurch der lange Kampf. Das Erfreulichste bei diesem Kampfe ist die Einmütigkeit der Kollegen, weiches die Unternehmer nicht geahnt hatten. Es ist dies ein Zeichen, dass die Kollegen erkannt haben, dass dieser Kampf bestimmt für ihre Zukunft ist. Ein solcher Kampf musste hier einmal kommen, um den Herrenstandpunkt zu durchbrechen, wenn hier das Mitbestimmungsrecht der Kollegen über ihre Arbeitskraft mal eintreten soll. Bleibt die Einigkeit und Ausdauer der Kollegen so wie jetzt, wird auch der Sieg kommen. Einige Streikbrecher und Arbeitswillige sind wohl zu verzeichnen, aber diese Elemente bestehen meistens, wie überall, aus solchen, welche durch Schmarotzen sich hochhalten wollen. Jedoch einen Einfluss auf unsere Bewegung üben die paar Streikbrecher nicht aus. Hier kommt es jetzt darauf an, festzuhalten an dem uns aufgedrungenen Kampfe, dann wird und muss der Sieg auf unserer Seite sein. Dieser Kampf gilt für die Zukunft.

Düsseldorf, 10. Juli. Um auch für die Düsseldorfer Zimmerer endlich ein tarifliches Verhältnis zu erhalten, traten um Mitte März d. J. die Lohnkommissionen der beiden Verbände zusammen. Es wurde gemeinschaftlich ein Tarif ausgearbeitet und den Meistern am 10. April zugelangt. Nachdem die Verhandlungen resultlos verlaufen, fand am 24. April nochmals eine kombinierte Lohnkommissionssitzung statt, um über den bevorstehenden Streit zu beraten. Nach eingehender Prüfung der derzeitigen Situation wurde einstimmig der Beschluss gefasst, in einen partiellem Streit zu treten. Die Vorhaben wurden beauftragt, am Donnerstag, 15. April, bei den bestimmten Meistern vorstellig zu werden. Auf den Abend des 24. April waren von beiden Verbänden außerordentliche Versammlungen einberufen, in welchen den Mitgliedern die Beschlüsse der vereinigten Lohnkommissionen unterbreitet wurden. Unsere Mitglieder akzeptierten die Beschlüsse bedingungslos, wogegen die des freien Verbandes mit 118 gegen 84 Stimmen den allgemeinen Streit beschlossen. Um nun nicht die ganze Sache in die Brüche gehen zu lassen, mussten auch wir wohl über den als "meinen Streit" proklamierten, was auch in einer am 25. April anberaumten Versammlung geschah. In der vierten Streitwoche fand eine Verhandlung statt, die ebenfalls resultlos verlief. Am Dienstag, den 18. Juni, trat Raabe (Vorsteher der freien Zimmerer) an unsere Leitung mit dem Wunsche, zusammen beim Obermeister Fuß um eine Verhandlung vorstellig zu werden. Herr Fuß vertrug uns eine solche auf Sonnabend, den 22. Juni. An diesem Tage ging uns ein Beschluss der Zimmermeister-Versammlung zu, dass unter den herrschenden Verhältnissen keine Verhandlung stattfände. Am Abend desselben Tages erhielt Raabe erneut bei unserer Leitung und beantragte Aufhebung des Streits, was jedoch von uns entschieden abgelehnt wurde. Am Freitag, den 28. Juni, machte Raabe denselben Versuch, es wurde ihm jedoch bedeutet, dass erst noch eine Verhandlung anzustreben, und damit eben den Streit abzubrechen. Er erklärte sich damit einverstanden, und wurden wir uns nochmals dahin einig, dass keine Seite etwas unternehmen dürfe, bevor nicht eine gegenseitige Aussprache stattgefunden habe. Es wurde ihm weiterhin erklärt, seinen Antrag am Sonntag, den 30. Juni, in unserer Versammlung vorzubringen, um die Meinung der Mitglieder zu hören. Diese lehnten die Aufhebung des Streits einstimmig ab. Jetzt am Sonntag, den 7. d. J., wurde in der Versammlung der "Freien" ohne eine gegenseitige Aussprache beigesetzt zu haben, der Streit mit allen gegen sechs Stimmen abgebrochen.

Ronsdorf, 9. Juli. Seit dem Bestehen unserer Organisation haben wir ganz bedeutende Errungenheiten zu verzeichnen. Der sozialist. Maurer-Verband existierte schon seit Jahren hier. Zur Aufsehung der Verhältnisse wurde jedoch nichts unternommen, und so blieb das alte wilde Lohnsystem. Durch die Werbearbeit der Zahlstelle Barmen traten einige Kollegen dem christlichen Verband bei und konnten die Zahlstelle Ronsdorf des Centralverbandes christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter gegründet werden. Die Löhne schwankten vor 1½ Jahren für Maurer zwischen 42–47 Pf. für Hilfsarbeiter zwischen 32–37 Pf. Nachdem sich die Kollegen einigermaßen gesammelt und gefügt hatten, traten sie an die Unternehmer heran und stellten die Forderung auf Abschluss eines Tarifvertrages mit geregeltem Mindestlohn, sowie Regelung des ganzen Arbeitsverhältnisses. Die Unternehmer festeten sich entgegen zur Wehr, zumal in Barmen-Eberfeld ebenfalls noch das alte wilde Lohnsystem bestand. Wohl waren sie bereit den Höchstlohn festzulegen. Die Kollegen hielten sich steif und es gelang, den Tarif mit dem Mindestlohn für Maurer von 50 und für Hilfsarbeiter von 40 Pf. festzusetzen. Dazu erklärten die Unternehmer, falls in Barmen-Eberfeld höhere Löhne festgelegt würden, wollten sie den Lohn entsprechend erhöhen, eb. dieselben Löhne im nächsten Jahre tariflich festzulegen. In diesem Jahre hatte nun der Organisationsleiter etwas nachzulassen. Jedemal trug dazu bei, dass sie im v. J. den Erfolg ohne Kampf und Druck erzielten. Die Unternehmer, die ja stets über den Versammlungsbefehl und den Organisationsgeist ihrer Arbeiter unterrichtet sind, nutzten dieses auch aus. In den Kommissionsverhandlungen gaben sie das auch deutlich zu verstehen und sträubten sich ganz entschieden gegen die Einführung des Wuppertaler Tarifs. Dazu kam, dass die Lokalbeamten des sozialist. Maurer-Verbandes aus Barmen das ganze Frühjahr eine Heze betrieben. Wir überreichten den Unternehmern eine Forderung für das Jahr 1907 von 58 Pf. für Maurer und 48 Pf. für Bauhilfsarbeiter; 1908 für Maurer 60 Pf. und für Hilfsarbeiter 50 Pf. Der sozialist. Verband hatte den Wuppertaler Tarif eingereicht, also Tarif für 1 Jahr und für Maurer 57 Pf., für Hilfsarbeiter 47 Pf. Da sich die Unternehmer entschieden sträubten, und um ein gemeinsames Vorgehen mit dem sozialdemokratischen Verband zu ermöglichen, ernügten wir die Forderung. Die Versammlungen waren nicht gut besucht und so erklärten die Unternehmer überhaupt keinen Tarif wieder abzuschließen. Die beiden Verbände einigten sich nun zum gemeinsamen Kampf. Am 6. Juli fand eine gemeinsame Versammlung statt. Einer der "Freien" wandte sich gegen die Arbeitseinstellung, da man in Berlin im Kampfe stand; gegen jedoch sechs Stimmen wurde jedoch beschlossen, am 8. Juli die Arbeit einzustellen. Die Arbeitseinstellung gestaltete sich ziemlich einheitlich. Nur einige sozialist. Organisierte und unorganisierte mußten herausgeholt werden. Die Kollegen hatten bereits die Bündel zur Abreise geschmiert. Nachdem sie die stehengebliebenen Arbeitswilligen herausgeholt, verlangten sie von den Unternehmern Geld und Papiere, da sahen die Herren, dass es ihren Leuten ernst war, und jedenfalls ein langer Kampf bevorstand. Sie sagten daher flügertweise, wie lassen euch nicht ziehen, geht und sagt der Lohnkommission, sie möchte zur Verhandlung kommen; um 11½ Uhr war die Sache erledigt. Durch ein Schriftstück, welches jeder Unternehmer unterschrieb, erklärten sie den Wuppertaler Tarif in allen Verhandlungen für ihr Geschäft bindend. Dadurch ist für Ronsdorf die 9½-stündige Arbeitszeit eingeführt. Der Einheitslohn beträgt für Maurer 57 Pf., für Hilfsarbeiter 47 Pf.; Nebenstunden 10 Pf. Zuschlag, Wasser- und Nacharbeit 50 Prozent, Sonntags- und Abortarbeit 100 Prozent. Zu Abortarbeit darf keiner gestoßen werden. Der Tarif wird den Kollegen in eigenem Format präsentiert. Die Kollegen haben wieder einmal gezeigt, dass Gönigfeld stark mag. Offensichtlich hält nun mehr die Begriffserklärung für die Organisation an. Es gilt nun, den Tarif aufgrund seiner undurchführbarkeit, besonders auch die 9½-stündige Arbeitszeit. Mit den Unorganisierten muss es nun ein für allemal in Ronsdorf vorbei sein. Dazu mit

neuem. Wut vorwärts, und nicht eher geruht als bis Welthen geschlossen sind.

Bauarbeiter.

Ausbeuren. Die höchste Verhandlungsstelle hatte kaum das Licht der Welt erblickt, war sie auch schon in eine Lohnbewegung verwickelt. Der im vorigen Jahre von den sozialdemokratischen Maurer- und Bauhülfsarbeiterverbänden abgeschlossene Tarif ging am 1. Juli seinem Ende entgegen. Bei der Neuauflistung des Tarifes glaubten die Genossen, uns völlig ignorieren zu müssen, um so den neuen Organisationsversprung in der Wiege erdröheln zu können. Dies gelang ihnen aber nicht. Wir stellten einen eigenen Tarif auf. Dersele blieb von den Unternehmern unbeantwortet, ebenso auch der von den Genossen aufgestellte. Letztere versuchten nun auf ihre Stärke pochend, allein mit den Unternehmern zu verhandeln. Da dieses erfolglos war, so traten die Genossen am 2. Juli in den Streit. Unsere Kollegen schlossen sich demselben nicht sofort willenslos an. Darauf große Entlastung im vollen Lager. Jedoch wie handelten ehrlicher, als die Genossen von uns denken. Sobald die Besitzerselzung von den Vorgängen benachrichtigt, legten unsere Kollegen die Arbeit im Laufe des Tages ebenfalls nieder. Am dritten Tage ließen die Genossen „Führer“ zum höchsten Bürgermeister und batzen unablässig um seine „Bermittlung“; sie waren streikunfähig. Hierbei probuzierten sich dieselben als die alleinigen potentiellen Arbeitervertreter und glaubten uns neuerdings eine Schelle anzuhängen, ohne aber den gewünschten Erfolg zu erzielen. Wohl verhandelten die Genossen mit dem Bürgermeister und den Unternehmern allein, aber auch von unserer Seite geschah das gleiche. Hierbei kam ein bis 1. März 1910 gültiger Tarif zustande. Der höchste Lohn betrug für Maurer 38 Pf., für Bauhülfsarbeiter 22 Pf. Der Lohn für Maurer beträgt von jetzt ab bis 1. März 1908 41 Pf., von da ab bis 1. März 1909 48 Pf. und von da ab bis 1. März 1910 46 Pf. für Bauhülfsarbeiter in den gleichen Abschnitten 33, 35 und 37 Pfennige pro Stunde. Auch wurden für Überstunden, Nach- und Sonntagsarbeit, sowie für Feierungs- und Kanalarbeiten die üblichen Zuschlüsse festgelegt.

Haus Oberschlesien.

Im weitgrößten Industriegebiet Deutschlands wogt schon seit Jahren ein nationaler Kampf, der für die Arbeiterschaft am schädlichsten gewirkt hat. Noch gering ist der Einfluß, den die Arbeitersorganisationen ausüben, ganz besonders in der Metallindustrie und im Bergbau. In der Metallindustrie sind es die Christlich-Demokratischen Gewerkschaften, die schon ziemlich lange wirtschaften, aber noch nichts erreicht haben. Bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen, ist für die Christlichen zwecklos. Und doch ist die Lage der Arbeiterschaft in den Großbetrieben wohl am schlechtesten. Es wäre an der Zeit, wenn der christliche Bergarbeiterverband mit der Agitation in Oberschlesiens bald einzutreten wolle, um dem Elend der Arbeiterschaft im Bergbau steuern zu helfen.

Im Baugewerbe ist die Gewerkschaftsbewegung in der Entwicklung begriffen. Die Bauarbeiter machen schon in manchen Gegenden die Frontlinie in der Gewerkschaftsbewegung, und sie sind es auch in Oberschlesiens. Trotz vieler Hindernisse haben auch wir an Mitgliederzahl gewonnen und sind so weit, daß eine ganze Anzahl Kollegen vorhanden sind, die den Gewerkschaftsgedanken erfaßt haben. Die Gewerkschaftsbewegung kann hier in Oberschlesiens keine Fortschritte machen. Wenn ein solcher Aufstand eintreten würde, der Aufschlag wäre mit Bestimmtheit zu erwarten, denn hier muß die Führungswirkung mit dem Nachhören der Organisation Hand in Hand gehen. Der Tarifvertrag, der vom 1. April ab Gültigkeit hat, hat unseren Kollegen eine Lohnaufbesserung gebracht. Verschiedene Bestimmungen hätten sehr gut bereitgestellt werden können, wenn unsere Genossen nicht eine so große Liebe zu den Unternehmern hätten. Allerdings ist 40 Pf. Stundenlohn noch kein Lohn, der auch nur in etwa ausreicht um anständig leben zu können. Schwerhaft sind die Quittiere, in denen die Bauarbeiterfamilie wohnt. Die hochlöbliche Polizei, die ja sonst immer auf dem Posten ist, wenn es gilt, etwas zu tun, was nicht im Interesse der Arbeiterschaft liegt, könnte vielleicht hier einmal nachsehen. Sicher ist, daß mancher Schlot- und Kraufunter für seine Frischpferde einen besseren Stall hat, als unsere Kollegen Wohnung haben. Diese Zustände können nur bereitgestellt werden, wenn die Röhrne in Zukunft weiter verbessert werden, und die Betriebsvereinbarkeit den Beweis erbringt, daß sie reif ist, eine höhere Lohnsumme sich anzueignen.

Gegner, denen die Gewerkschaftsbewegung ein Dorn im Auge ist, gibt es wohl nirgends mehr, als wie in Oberschlesiens. Wir möchten behaupten, daß es in ganz Deutschland keine sozialruhmähnlichere Ecke gibt, als Oberschlesiens und der Osten wohl insgesamt. Die Lohns- und Leidungsreden beweisen das sehr oft. Hier gibt es noch viele Geister, die gar nicht arbeitsgeber sind, es aber noch als eine Ausmagung betrachten, wenn die Arbeitnehmer bei Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ein Wort mitsprechen wollen. Der Arbeiter wird hier noch von vielen als ein minderwertiger Mensch, als ein notwendiges Nebel betrachtet. Man hat Angst, daß wenn die Gewerkschaftsbewegung erkraft auch der Machtbereich und die Bevormundung etwas eingeschränkt wird. In der letzten Zeit brachte hier eine Zeitung einen Artikel, in dem darauf hingewiesen wurde, die befreite Stunde müsste an dem Arbeiter mehr Produktivität abnehmen. Wir sind nur nicht dagegen, wenn jemand aus edlen Motiven etwas für die Arbeiterschaft tun will, müssen aber Berichtigung einlegen, wenn man die Arbeitersfrage als Armutfrage betrachtet. Wir wissen wohl, daß das Blatt manchem von den oberen Schichten aus dem Herzen gesprochen hat. Auch wir uns heute bewußt, die sich in der Rolle des wohlthätigen Drakos gefallen, die denkbar unwürdigste Urteil anders. Die Arbeit und keine Bettler, und wollen daher auch keine Männer, sondern betteln einen gerechten Lohn. Wir können den besten Dienst leisten, was wir können, und zu, wie für alle heißen sollen, dann wird die Arbeitersfrage, eher gelöst, als wenn sie bestimmt wäre die befürworteten Arbeitnehmer hinzugehen.

Und die Arbeitersorganisationen lassen es sich sehr oft auftun, daß wir uns das Recht der Arbeitserziehung unmöglich machen. Das ist ja leicht, denn die Zunft auf jedem Markt ist der Arbeiterschule ein Hindernis. Doch keine Versammlungen zu fördern, sondern die Arbeitserziehung, das ist eine andere Sache. Ich kann mir nicht vorstellen, daß eine Arbeitserziehung, die überall stattfindet, nicht auch in Oberschlesiens stattfindet. Aber nicht auf dem Markt für eine Arbeitserziehung, aber auf dem Markt für eine Arbeitserziehung.

Unsere Kollegen sind etwas weniger gewillt, Arbeitserziehung zu fördern, als wir. Das ist natürlich verständlich, denn der Markt für Arbeitserziehung ist nicht so groß wie der Markt für eine Arbeitserziehung. Doch keine Arbeitserziehung, das ist eine andere Sache. Ich kann mir nicht vorstellen, daß eine Arbeitserziehung, die überall stattfindet, nicht auch in Oberschlesiens stattfindet. Aber nicht auf dem Markt für eine Arbeitserziehung, aber auf dem Markt für eine Arbeitserziehung.

Die mehr zu ihren Versammlungen zugelassen werden, so hat es der rote rote Rat beschlossen. Das schreibt aber nichts, beweisen tut uns das nur, daß die Genossen uns kennen und durchaus gelernt haben.

Außerdem den Genossen haben wir noch die katholischen Fachabteilungen in Oberschlesiens. Die Zahl dürfte 70 bis 80 betragen, sicher aber ist, daß keine 100 Bauarbeiter in unserem Bereich der Fachabteilung angehören. Der „Arbeiter“ schlägt furchtbaren Schluß, wer es nicht besser wüßte, sollte es bald glauben. Unbestrafend Mitglieder, so prahlt der „Arbeiter“, gesagt ist aber trotzdem nichts anderes als Bauernsänger. Die Dorren sollen sich nur nicht erblicken, daß wir nicht auch unterrichtet sind. Schreiber dieser Seiten kennt Orte, wo Arbeitervereine „Sitz Berlin“ vorhanden sind, die über die Hälfte Nichtarbeiter haben. Alles was kommt — hinein in den Berliner Streikbrecherverband, ob Direktor, Bauunternehmer, Schuster- oder Schneidermeister, ob Bauer oder Mühlenbesitzer, zum Bezahlen sind sie alle gut. Eine solche Organisation verdient, gau nicht den Namen Arbeiterverein. Die „Berliner“ sollten doch gar nicht so prahlen, denn ihre ganze Leistung besteht darin, daß sie dem Arbeiter Geld zum Sterben versprechen, das andere steht zum großen Teil auf dem Papier. Um übrig werden die katholischen Fachabteilungen mit ihrer Streikbrecher sind selbst das Grab gruben. Die Bauarbeiter lassen sich auf die Dauer nicht becornnen, denn in den kathol. Fachabteilungen haben die Arbeiter gar nichts zu sagen. Sehr interessant ist, daß der Berliner „Arbeiter“ die Reichstreuen (sies unternehmertreuen Arbeitervereine) so gefallen. Siehe und zwei dieser Streikbrecherverbände bedenken sich mit denen der kathol. Fachabteilungen auf wirtschaftlichem Gebiete. Beide wollen dem Arbeiter das Rechtsschutz räumen, und den Arbeiter als Ausbeutungsobjekt an den Unternehmern ausliefern. Wenn der Berliner Verband und sein Organ „Der Arbeiter“ so eine große Liebe zu den unternehmertreuen Arbeitervereinen hat, dann kann ja die Verbrüderung bald stattfinden. Damit der Klub dann auch wirklich unternehmertreuen bleibt, könnte ja Dr. Alexander Tille aus dem Saarrevier den Vorstoss übernehmen, und als Professor müßte dann der Oberscharfmacher Buel bestellt werden. Beide Herren sind auf schriftmacherischen Seite vorzüglich Autoritäten, allerdings etwas ehrlicher, als die Berliner mit ihren Fachabteilungen. Buel und Tille treten offen auf als Schriftmacher, während die Berliner dem Arbeiter unter allerlei Phrasenschwall eine Zwangslage anlegen wollen, die seine Bewegungsfreiheit hemmt. Das Endziel der Berliner Fachabteilungen wird sein, ihre belogenen und betrogenen Mitglieder werden sich enttäuscht fühlen, und dem unheilsvoilen Kapitalismus verfallen. Wir können hierfür heute schon mit Beweisen dienen. Ob das wirklich im Interesse des Katholizismus liegt, den die Berliner sich annehmen erstaunlich zu vertreten? Wir glauben es nicht, sind aber überzeugt, daß eine solche Vertretung sich bitter rächen wird.

Unsere Aufgabe wird es sein, mit aller Energie, unsere Organisation auszubauen. Jeder Kollege muß treu zur Fahne halten, denn in Oberschlesiens gibt es wirkliche Kulturarbeit zu leisten. Laiende von Arbeitern sind in bedrängter Lage, ihnen zu helfen ist Menschen- und Christenpflicht. Wir wollen den Kampf gegen Unterbezüglichkeit und Mitleidlosigkeit führen, so viel es unsere Kraft vermag. Auch hier an der Dreifaltigkeit muss die christliche Gewerkschaftslehre aufgespannt werden mit der Fazit:

Vorwärts immer, zurückst niemals!

Soziales.

Kinder als Unfallrentner.

In welchen Kreisen ist es nur ganz wenig bekannt, daß auch Kinder Unfallrenten bezahlen können, wenn sie sich bei der Arbeit eine Verletzung zuziehen. Und es ist dazu gar nicht nötig, daß die Kinder gegen Kinder eingestellt sind, sondern es genügt schon, wenn die Eltern bei der Arbeit geholfen haben, vorausgesetzt, daß die von den Eltern ausgeübte Beschäftigung nicht als Arbeit, und nicht als Spielerei anzusehen ist. Nur die landwirtschaftliche Unfallversicherung ist es, den einzelnen Bundesstaaten überlassen, ob die Kinder von der Unfallversicherung überhaupt oder bis zu einem gewissen Lebensalter ausschließen wollen. Von dieser Befugnis haben jedoch nur wenige Bundesstaaten Gebrauch gemacht, so sind Kinder in den landwirtschaftlichen Betrieben von der Unfallversicherung bis zum 8. oder bis zum 12. Lebensjahr ausgeschlossen in Sachsen, Württemberg, Baden, Preußen u. v. und in Hamburg, während Bremen eine freiwillige Versicherung einführt. Wie die im Reichsversicherungsamt herausgegebenen „Monatsblätter für Arbeiterversicherung“ berichten, ist vorgekommen, daß die Unfallrente beansprucht wurde an noch nicht vierjähriges Kind, welches dem Vater bei Geschletern von Kohlensäurepulpa half und sich dabei eine Verletzung mit dem Messer zuzog. Allerdings ist in diesem Falle wegen der Jugendlichkeit des verletzten Kindes eine Unfallversicherung nicht gewährt worden, aber einen sechsjährigen Jungen oder Mädchen, die sich beim Spiel einen Unfall zuziehen, muß Unfallrente zugesagt werden, ebenso auch einem Kind, das bei der Hölzelmacherei mithilft, oder einem Schifferknaben, der seinen Vater bei der Arbeit unterstützt. Nach den vor Kurzem an den Reichstag gelangten Übersichten über die deutsche Unfallversicherung im Jahre 1905 sind in diesem Jahre 23 Kinder und jugendlichen Personen bis zu 16 Jahren Unfallrenten zuverlaufen worden.

Die Rückversicherung von Invalidenversicherungsbeiträgen bei der Heirat.

Die Vorteile, welche die Invalidenversicherung bei werden von vielen Versicherten immer noch nicht voll erkannt, oder auch gar nicht erkannt. Und zwar zeigt diese Verkenntung der günstigen Wirkungen des Invalidenversicherungsgesetzes am allermeisten nicht bei einer Unterlassung der gesetzlichen Pflichten, sondern bei einer (für augenscheinliche Vorteile) zu schaffenden Nutzung des Invalidenversicherungsgesetzes, bei der Bestimmung über die Rückversicherung von Beiträgen der weiblichen Versicherte bei der Verheiratung. Nach § 42 des Gesetzes über die Invalidenversicherung muß den weiblichen Versicherten nach der Verheiratung und auf Antritt die Hälfte der für sie eingezahlten Beiträge, also der Ganzbetrags, der von der Versicherten eingezahlte Summe, zurückgestellt werden, ebenso mindestens die Wochenbeiträge entrichtet sind, und wenn die Versicherte nicht bereits eine Invalidenrente bezieht. Dadurch erhält zwar die Arbeiterfrau nach der Verheiratung eine kleine Summe ausgezahlt, aber dieser Vorteil steht in keinem Verhältnis zu dem überaus schwierigen Nutzen, daß nach der Rückversicherung der Beiträge das früheren Verhältnisverhältnis ohne weiteres ersichtlich, daß bisher Versicherte jede Unwirtschaft auf eine irgendwie geartete Unterstützung aus der Invalidenversicherung verfügt. Wie die von Mitgliedern des Reichsversicherungsamts herausgegebenen „Monatsblätter für Arbeiterversicherung“ in der letzten Nummer berichten, sind in den 12 Jahren von 1895 bis 1906 in mehr als 1/4 Millionen Einzelfällen Beiträge an betratende Frauen zurückgestellt worden, und seit dem Jahre 1900 übersteigt die Zahl der Rückversicherungen in jedem Jahre 150 000 Einzelfälle; nur verhältnismäßig wenige Frauen bleiben in Versicherungsverhältnis und lassen die Beiträge stehen. Dort, wo die Frau durch die Verheiratung in Verhältnis kommt, die eine materielle Sicherstellung für die Zukunft bedeutet, wird die Rückversicherung natürlich ungünstig folgen, nicht haben, anders aber in den überwiegenden Fällen, wo die Frau auch in der Ehe noch mitarbeitet muss und wo das Einkommen niedrig und schwankend ist. In diesen Fällen kann nicht dringend genug davor gewarnt werden, die Invalidenversicherung durch Abhebung der Beiträge fallen zu lassen, und besonders Arbeitgeber sollten es sich zur Aufgabe machen, den Arbeitern nach dieser Richtung hin beratend zur Seite zu stehen. Die zurückgezahlten Beiträge sind bald ausgezahlt, während später bei Krankheit und Sichtung eine Invalidenrente folgt, begrüßt wird. Tritt die Arbeiterin nach Rückversicherung der Beiträge wieder in ein befristungspflichtiges Arbeitsverhältnis ein, so muß sie wiederum 200 Wochenbeiträge entrichten, ehe sie eine Rente beziehen kann und bei einer etwaigen Selbstverkörperung dauert dann die Wartezeit sogar 500 Beitragswochen. Vielleicht soll empfohlen werden den weiblichen Versicherten, daß sie sich nach der Verheiratung durch Zahlung eines kleinen Beitrages die Unwirtschaft auf die Vorteile der Invalidenversicherung erhalten. Das Versicherungsverhältnis bleibt schon bestehen, wenn in zwei Jahren 20 Marken der niedrigsten Rente entrichtet werden.

Berliner Wohnungsalend.

Wie in jedem Jahre seit 1901, hat auch im vergangenen Jahr die Berliner Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Wohtheiten usw. eine Erhebung über die Wohnungsdurchlässen der erkrankten Gesamtmitglieder hergestellt. Diese Erhebung, deren Ergebnisse jedoch in einem besondern Heft bekanntgegeben werden, zeigen von neuem, daß die Wohnungsdurchlässen teilweise in Berlin sehr ungünstig sind. Hauptächte den alten Häusern sind wohl Wohnungen anzutreffen, welche einfachen hygienischen Anforderungen erfüllen kann und als besonders ungünstig müssen die Verhältnisse den älteren und Nachbarn bewohnten 1920 nicht nur einen entdeckt, eine Stube über einer Stube, und eben

stand 17,1 p.C. der erkrankten Frauen nur ein Aufenthaltsraum zur Verfügung. Noch betrübender erscheinen die Wohnungsverhältnisse, wenn man eine Zusammensetzung vornimmt, über die erkrankten Personen, die während der Nacht ihren Wohnraum mit anderen Personen teilen müssen. Mit drei Personen mussten ihre Schlafstelle teilen 1085 erkrankte Männer und 873 erkrankte Frauen, mit vier Personen 496 erkrankte Männer und 418 erkrankte Frauen, mit fünf Personen mussten zusammenlogieren 215 erkrankte Männer und 158 Frauen; 93 erkrankte Männer und 69 Frauen hatten ihre Schlafstelle mit sechs Personen zu teilen, und 43 erkrankte Männer und 20 Frauen mussten mit sieben und mehr Personen in einem Raum logieren. Welche Gefahren aus diesem engen Zusammenlogieren entstehen müssen, läßt die Tatsache erkennen, daß 250 Lungentranke Männer und 190 Lungentranke Frauen in Wohnzimmerschlafzimmern schliefen, die von mehr als drei Personen bewohnt waren; ferner mussten 677 der erkrankten Männer und 740 der erkrankten Frauen thre Lagerstatt mit anderen Personen teilen, und von diesen Personen waren wiederum 108 Männer und 139 Frauen Lungentranke. Daß durch diese Wohnungsverhältnisse die Lungentuberkulose nicht zurückgebrängt werden kann, sondern daß dadurch immer neue Herde für Lungentranztheiten geschaffen werden, liegt klar auf der Hand. Auch Licht und Luft, die besten Heilsfaktoren, fehlen oft in den Wohnungen; so wohnten 214 Männer und 135 Frauen in Räumlichkeiten, denen jede Heizgelegenheit fehlte, in denen also auch während der kälteren Jahreszeit kaum einmal die Fenster geöffnet werden, und 58 trante Kassenmitglieder wurden ermittelt, deren Aufenthaltsräume kein Fenster aufzuweisen hätte. Viele andere Wohnungen waren nur ungenügend erhellt, oder sie waren feucht, ohne Lufzirkulation, mit schlecht schließenden Fenstern und Lüren versehen; auch die Däsen wurden teilweise sehr mangelhaft gefunden. Verschlechtert wurden die Wohnungsverhältnisse nicht selten auch noch dadurch, daß die Bewohner nicht die einfachsten Regeln der Hygiene zu kennen scheinen, sich vor jedem Luftzug scheuen und auch nicht genügend für Reinlichkeit sorgten. Soweit die Mißstände im Wohnungswesen weniger in der Beschaffung der Wohnungen selbst als in zu dichten Zusammenlogieren zu suchen sind, trägt besonders das Schlafliegenwesen zur Verschlechterung der Wohnungsverhältnisse bei. Und zwar nacht sich diese Verschlechterung noch mehr in den Familien bemerkbar, die abvermieten, als bei den Schlafeuten selbst. Diesen wird oft der beste Wohnraum eingerichtet, während der Mieter mit seiner Familie in betteligen und in dunklen Ecken schläft. Erst wenn die größten Mißstände im Schlaflstellenwesen beseitigt sind, kann eine Besserung eintreten.

Betreffend Festsetzung der Dauer der Lehrzeit
at der Minister für Handel und Gewerbe folgenden Er-
laß ergehen lassen: Es ist zu meiner Kenntnis gekommen,
daß neuerdings mehrere Handwerksgremien entweder für
alle oder doch für einen großen Teil der in ihrem Bezirk
vertretenen Handwerkszweige die Dauer der Lehrzeit, ab-
schließend von der Regel des § 130 a Abs. 1 Gew.-Ord.,
3½ Jahre festgesetzt haben. Ein solches Verfahren er-
scheint nach verschiedenen Richtungen hin nicht unbedenklich.
Zunächst sind die Stämmen gemäß § 130 a Abs. 2 Gew.-Ord. nicht befugt, die Dauer der Lehrzeit allgemein
für alle Gewerbe oder Gewerbezweige festzulegen. Das
dieses erfordert vielmehr, wie die angezogene Bestimmung
erkennt, daß die Festsetzung nur für die einzelnen
Gewerbe oder Gewerbezweige, also nach Prüfung und unter
Berücksichtigung der Eigenart eines jeden Gewerbes oder
Gewerbezweiges erfolgt. Vor Erteilung der Genehmigung
ist daher in jedem Falle der Nachweis zu fordern sein,
ob diese Prüfung und Berücksichtigung in ausreichendem
Maße erfolgt ist. In Betracht zu ziehen ist ferner, daß
eine Verlängerung der Lehrzeit leicht eine Verschärfung
s. in vielen Gewerben schon jetzt herrschenden Behelings-
angels im Gefolge haben kann, da die Eltern sich unter-
ständen durch die hiermit verbundene Verteuerung der
Lehre werden davon abhalten lassen, ihre Söhne dem
Handwerksberufe zuzuführen. Wenn zur Begründung
des Vorgehens gemäß § 130 a Abs. 2 Gew.-Ord. auf die
üblich durch die Fortbildungsschule bewirkte Beein-
flussung der Meisterlehre hingewiesen wird, so ist bem-
erkbar zu bemerken, daß der Fortbildungunterricht
vielmehr, indem er bezüglich den Schülern Kenntnisse und
Fertigkeiten zu vermitteln, deren sie für ihren gewerblichen
Beruf bringend bedürfen, zu deren Aneignung die Werkstatt
des Lehrherrn in der Regel keine Gelegenheit bietet, eine
entbehlliche Ergänzung der praktischen Lehre bildet, die
durch nicht geführct, sondern gesördert und vertieft wird.
Ich ersuche Sie, bei Behandlung von Anträgen auf Ge-
nehmigung von Lehrdauer-Festsetzungen hierauf zu ver-

„Die Krone“

Fürzlich schilderten wir die schmachvollen Vorgänge im Münchener Baugewerbe. Nicht allein genug damit, daß man unsere Mitglieder mit den gemeinsten Mitteln schmähte und brotlos mache, nein, auch der Bauführer sollte beim Arbeitgeberverband bestimmt werden, da er Maurer aus Streitorten beschäftige, die auf der schwarzen Liste stehen müßten. Gehen kann Arbeiterverrat in schofsterer und brutalerer Weise betrieben worden sein. Die christliche Arbeiterschaft Rümlingens nahm gegen diese Gewalttatte zuerst demonstrativ Besuchungen (es war nur eine vorgesehen, die zweite mußte infolge des gewaltsigen Umbanges noch arrangiert werden) Stellung, und protestierte mit Entschiedenheit gegen diejenen sich immer wieder machenden Terrorismus, zumal der selbe auch auf unglaublichen Brüten, die von allen Spuren abholten.

Schranken zu weissen, schimpften sie weiblich über die Christen weiter, in den öffentlichen Versammlungen Nein und Antwort zu stehen, dafür waren sie zu selge; ja, forderten ihre getreuen Schafe auch noch auf, den Versammlungen fernzubleiben. Die „Münchener Post“ hieb die neben grimmig auf die „Christlichen“ ein, statt die Schandflecken zu verurteilen, ja, sie stellte auch stevante Aussicht. Daß die christlichen Arbeiter um ihre höchsten Güter, Freiheit und Überzeugung, kämpften, das bettelte die „Münchener Post“ als Kleeglei.

Nach dieser Unklarung hätte man nun erwartet, daß die Genossenführer in breitestter Öffentlichkeit Anklagen der Christlichen gegenüber getreten wären, um sie entweder zu entkräften oder zu verurteilen. Es gefehlt; in geschlossener Kartellsitzung, unter Ausschluß der Öffentlichkeit, wurde die „Angesegenheit“ behandelt, und als Ergebnis derselben folgende Resolution in die Wege gelegt:

„Die Generalsversammlung des Gewerkschaftsvereins München spricht die lebhafteste Entrüstung aus gegenüber dem erneuten Treiben christlicher Gewerkschaftsführer, den freien Gewerkschaften des Terrorismus gegen Unternehmende zu beschuldigen. Eine derartige Hege ist nur dazu angestan, Regierung und Unternehmertum zu erneuten Anebelungsversuchen gegen die Arbeiterschaft schaden zu machen. Die freien Gewerkschaften haben von jeher jede Art der Anwendung von Terrorismus bekämpft und auf das entschiedenste verurteilt, sie erblicken in steter Bildungs- und Aufklärungsarbeit das beste Mittel, die Arbeiter zu überzeugten Gewerkschaftsgenossen zu erziehen, um hierdurch die Organisationen zu jener Stärke und inneren Festigung zu bringen, die allein imstande ist den gesteckten großen Zielen und Aufgaben der Gesamtarbeiterbewegung zum Wohle der Arbeiterschaft in vollem Maße gerecht zu werden.“

Mit dieser Resolution glauben die Genossenführer die Sache abgetan zu haben. Wahrlich, auf die Schamlosigkeit der Mitglieder, die Schamlosigkeit der Führer. Damit haben sie sich zum Hauptschuldigen des brutalen Terrorismus gemacht. Ihre lebhafte Entrüstung sprechen diese Kämpfer für „Freiheit und Brüderlichkeit“ nicht etwa gegen

solche Verächter von Freiheit und Menschenwürde, die arme Arbeiter bloß ihrer Gesinnung wegen um Arbeit und Brot und sie damit samt ihren Frauen und Kindern dem tiefsten Elend überantworten, aus, sondern, es klingt wie tiefster Hohn, gegen diejenigen, welche sich nicht gutwillig dem Elend überantworten lassen wollen, die in freier Lust auch ihre freie Gesinnung sich zu bewahren bemühen.

Und jene Führer, die nicht den „Mut“ besitzen, verabscheuungswürdige Handlungen ihrer Mitglieder zu verurteilen, sie besitzen die dreiste Stirne, von Bildungs- und Aufklärungsarbeit, die zum Wohl der Arbeiterschaft dienen soll, zu reden. Die Früchte, sie zeigen sich schon heute allerdings berartig, daß man von einem Gefühl von Ekel beschlichen wird. Und genau das nämliche Organ, das gegen diese Unmenschlichkeiten und ihre Verübung sein Vorbed Lädelz findet, sie im Gegenteil verteidigt, dieses Organ führte den Kampf gegen einen Dr. Peters und dessen Grausamkeiten in Afraka. Das Blatt hat wahrlich kein moralisches Recht, nach seiner oben gekennzeichneten Haltung hierzu, es kann vielmehr sich beinahe würdig an Dr. Peters Seite stellen.

Die Grausamkeiten, die in München gegen unsere Kollegen verübt wurden, sie sind noch um so schlimmer als sie im zivilisierten München und von Menschen, die um die höchsten Menschheitsideale zu kämpfen vorgeben, verübt wurden. An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen — sie bedeuten eine Schmach für die deutsche Arbeiterschaft.

Wir wenden uns an unsere Mitglieder allerorts: Müssen nicht die Empörung über solche Schandtaten uns zu jener übermenschlichen Kraft anspornen, die bereit ist, selbst die größten Hindernisse zu überwinden? Auf die Schanzen rufen wir alle: Für Recht und Gerechtigkeit! Haben wir jetzt etwa 50 000 Streiter hinter uns, so müssen es mehr werden, mehr und noch einmal mehr. Keine Mühe, kein Opfer darf uns zuviel sein, so hoch steht das Ideal, als daß es dieselben nicht wert wäre. Darum auf zum Kampf!

Und sehest du nicht hier Neben dir

Wie wird dir das Leben gewonnen sein?

Zielhandsnachrichten

Berichte über wichtige Verjüngungscheinungen und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Stadtkreises. Nur kurze Mitteilungen können noch direkt eingereicht werden für die laufende Ausgabe.

Zimmerer.
Beuthen, den 18. Juli. (Genossen als Streitbrecher nach Berlin.) Am Raupe dieser Woche verfuhr ein Agent Streitbrecher nach Berlin anzuwerben. Er zählte angeblich 40 Zimmerer und rebete dem Leuten vor, die Auswertung wäre längst beendet. Wahrscheinlich hat nun ein Genosse, Mitglied des roten Zimmererbündes, die Streitbrecher holen lassen, denn es hatten sich kaum über 10 Mann eingefunden unter der Leitung des Genossen Strozel. Habendes erreicht hat dieser Genosse durch den Sozialministeriums-College Mieterei von uniform Verbündete und noch ein rot-Organisierte Kämpfer in Beuthen
rechern plausibel zu machen, dass der Streit nach allt nicht

zu Ende sei, sondern erst angesangen habe. Genosse Strobel freug den Kollegen Peteres, welchem Verbande er angehöre, und als er ihn sagte, er sei christlich organisiert, schimpfte der Genosse frisch drauf los. Von der Kolonne waren mindestens vier oder fünf Mann rot organisiert, die auch tatsächlich nach Berlin gefahren sind. Das sieht den Genossen so recht ähnlich: Arbeitswillige im Streikort werden und denn noch große Lüne riskieren. Den Herren Schwob und Baude bleibe das hiermit zur geselligen Kenntnis.

Stukkaturen

Gladbeck. Nach langem intensivem Arbeiten ist es uns hier gelungen, eine Wahlstelle der Stukkateure zu errichten. Nach mehreren vorangegangenen Sitzungen fand am 21. Juni die erste Versammlung statt, in welcher Arbeitersekretär Gable, Gladbeck, das Referat übernommen hatte. Nebner verstand es, den anwesenden Kollegen die Notwendigkeit der Organisation vor Augen zu führen, und forderte am Schlusse seiner Ausführungen die Kollegen auf, sich alle dem christlichen Bauhandwerkerverband anzuschließen, damit auch für sie bessere Verhältnisse geschaffen werden könnten. Die Ausführungen des Referenten wurden von den Kollegen mit Begeisterung aufgenommen, und ließen sich sämtliche aufnehmen. In der darauffolgenden Diskussion sprach Kollege Kreß über die Ziele und Aufgaben des christlichen Gewerkschaften und spornte die Kollegen an, besonders die Kleingewerbe zu betreiben, damit die jetzt noch fernstehenden Kollegen herangeholt würden, denn nur durch den festen Zusammenschluß aller Arbeiter wären heute noch Erfolge zu verzeichnen. Besonders wies Nebner auf das Jahr 1908 hin und forderte die Anwesenden auf, Pioniere der christlichen Gewerkschaften zu sein. Nachdem noch mehrere Kollegen im Sinne der beiden Nebner gesprochen hatten, wurde ein provvisorischer Vorstand gewählt, und beschlossen, alle 14 Tage Sonntags vorm. 11 Uhr die Versammlung für Stukkateure abzuhalten, im übrigen die Versammlung der Maurer zu besuchen. Die erste Mitgliederversammlung fand am Sonntag, den 6. Juli, statt. Es wurde zunächst endgültig der Vorstand gewählt. Als erster Vorsitzender Johann Burgraf, als zweiter Jakob Eggerath, als 1. Schriftführer Heinrich Pfützner und als zweiter Karl Müller. Von einem Kassierer wurde Abstand genommen, die Beiträge sollen durch die Vertrauensmänner der Maurer eingezogen werden. Nachdem noch verschiedene Anträge erledigt waren, dankte Kollege Eggerath allen Kollegen für ihre eifige Arbeit und gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch bald die Kollegen von Bottrop-Horst usw. aufwachen und sich der christl. Organisation anschließen; nur dann wäre es möglich, wirklich gute Verhältnisse zu schaffen. Möge nun das frisch gelegte Samenkorn wachsen, blühen und gedeihen, zum Wohle der ganzen Arbeiterschaft.

卷之三

Wesse i. W. In der Sonnabend, den 6. Juli, stattgefundenen Mitgliederversammlung referierte Kollege Stieler-Derten über „Die augenblickliche Lage im Baugebilde“. Medner verbreitete sich über die Entwicklung der verschiedenen Organisationen in den letzten zehn Jahren, und wies nach, wie gerade die Arbeitgeber es verstanden hätten, auf der ganzen Linie sich zu konsolidieren. Die Folge davon sei, daß Lohnbewegungen einen immer größeren Umsang annehmen. Sodann wies Medner auf das weitere Bestreben der Arbeitgeber hin, alle Tarife an einem Tage ablaufen zu lassen. Er kritisierte sodann das Vorgehen der Arbeitgeber im Plattenlegergewerbe in Recklinghausen, die den bis zum Jahre 1909 laufenden Tarif kündigten. Nur dem geschlossenen Vorgehen der Arbeiter sei es zu verdanken, daß die Kündigung wieder zurückgenommen sei. Die Unternehmer hätten keine Ursachen, sich über das Misstrauen der Arbeiter zu wundern. Denn die Tagung des Arbeitgeberbundes hinter verschlossenen Türen bei ihrer Generalversammlung, lasse dies Misstrauen gerechtfertigt erscheinen. Unsere Sache sei es nun, den Plänen unserer Gegner vorzubeugen. Ein jeder müsse jetzt seine ganze Kraft der Agitation widmen. Es dürfe keine Baustelle mehr geben, wo noch ein indifferenter Kollege vorhanden sei. Das pünktliche Bezahlten der Beiträge und des Extrabeitrages sei Pflicht eines jeden Kollegen. Notwendig sei ferner der Besuch der Versammlungen, der leider hier vieles zu wünschen übrig lasse. Medner schloß seine Ausführungen mit dem Wunsche, daß jeder, soweit es in seinen Kräften steht, arbeiten möge zum Nutzen und zum Wohle der christlichen Bauarbeiterchaft.

München, 15. Juni. Die seit Jahresfrist im Baugewerbe sich immer grässer gestaltenden und immer häufiger vor kommenden Terrorismusfälle gaben Veranlassung, daß die hiesige Verwaltungsstelle im Verein mit dem hiesigen christlichen Ortskultell am 12. Juni eine öffentliche Protestversammlung mit der Tagesordnung: „Die neuesten Gewaltakte der Sozialdemokratie im hiesigen Baugewerbe“ abhielt. Schon zwei Tage zuvor wünschte die sozialdemokratische „Münchener Post“ ihren Freunden vor, doch der Versammlung fernzubleiben, es handle sich bloß um eine Provokierung der „Freien“. Aber der Zweck war zu durchsichtig, um dieses Scheinmanöver nicht zu durchblicken. Jedermann hatte die „Giebelbewohner“ Angst, daß so mancher ihrer „Ritläufer“, wenn er in unsere Versammlungen kommt, eines Besseren belehrt wird. Auch glaubten sie durch das künftliche Fehthalten einer südenhöchste christliche Versammlung zu leben. Aber hier hatten sich die „Freiheitskämpfer“ wieder einmal gründlich getäuscht. Lange vor Beginn wurde der große Saal des Katholischen Gesellschaftshauses so überfüllt, daß ein weiterer Saal zu einer Parallelversammlung geöffnet werden mußte, welcher wenige Minuten nach seiner Eröffnung ebenfalls voll besetzt war. Die freigestellten Beamten des sog. Maurerverbandes waren hierzu stiftlich eingeladen; auch wurde ihnen volle Redefreiheit zugesichert. Aber dessen ungeachtet glühten sie durch Abwesenheit, zwar entschuldigt, aber unter dem Vorwande, ziemlich jüdischeiniger Grinde. Der Referent, Kollege Bräuer, führte einleitend die Ursachen der großen Geisterkämpfe innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung an. Sodann gab er ein getreues Bild von dem verderblichen Etatben der sozialdemokratischen Baumeister gegenüber christlich Organisierten, dabei stagierte er besonders die neuesten Vorlönmissive der roten Mützen beim Neubau Kaufhaus Landauer, und beim Neubau des Verkehrsministeriums. Letztere beide Fälle sind in Nr. 25 der „Baugewerkschaft“ ausführlich behandelt. Somit erübriggt sich hier näher darauf einzugehen.) Welcher Beifall wurde in beiden Versammlungen gespielt. Die Diskussion war in beiden Versammlungen eine sehr lebhafte. Einstimig wurde eine Resolution angenommen: in derselben wurde der Entschluß über die sozialdemokratische Gewalt herrschaft bereit Ausdruck gegeben, und den für ihre Freiheitskämpfenden christlichen Baumeistern die wärmste Sympathie ausgeprochen. Nach einem kräftigen Schlußwort wurden die Feierlichkeiten beendet.

die beiden demokratisch besuchten Versammlungen geschlossen. Über diesen von seiner Seite geahnten Erfolg war die „Münchener Post“ ziemlich verärgert. Dieselbe probuzierte aber diese Versammlung ein Verlegenheitsprodukt gemeinten kubens. Gleichzeitig kündigten sie eine auf den „christlichen Freizeitkunst“ bezugnehmende Antwort seitens des roten Gemeindesaatvereins an. Über was gelang? Anstatt eine öffentliche Gegen-Feuerwehrversammlung zu arrangieren, um auch dem Feuerwehr-Gelegenheit zu geben, solche Behauptungen richtig zu stellen, wurde eine überordentliche Generalversammlung des „Kubus“ Gemeindesaatvereins hinter verschlossenen Türen abhalten. Hierbei wurde ein Vortrag über: „Der Terrorismus der christlichen Gemeindesaat und deren Führer“ (11) gehalten.

befest sein, die das Licht der Offenbarlichkeit scheut. Hier haben wir die Genossen ein unvergleichliches Urnützungszeugnis dokumentiert.

Gelsenkirchen. Das unsere Darstellung in Nr. 24 der „Baugewerkschaft“ gegenüber der Nr. 21 des „Grundstein“ richtig war, beweist dersele in seiner Nr. 26. zunächst ist darin zu gegeben, daß von ihm die Unwahrheit gesagt worden ist. Auf den Blattstücken hat nichts gestanden, aber minderlich will man eingeladen sein, „Wer liegt da?“ Ferner hat man die Behauptung, daß einer von Schneider seinen Getreuen wegen Verjährung des Vertrages von uns herausgesetzten sei, die wir als Lüge bezeichneten, nicht widerlegt. Also auch hier ist die Lüge festgestellt. Weiter nicht man sich im selben Artikel zu nachzuweisen, daß doch die Christen den Tarif schlechter innehaltet, als die alleinberechtigten „Central-Genossen“. Dabei weiß man auf die Statistik von Herne hin. Warum nicht auf die von Gelsenkirchen? Sieht man sich die beiden an, so sind sie nach einem Stil zugeschnitten, doch darüber später. Unsere Behauptung, daß die Genossen beim Unternehmer Althoff aus vor Baustelle stelle, nicht des Sonnabends um 6 Uhr Feierabend machen, hat man ruhig auf sich sitzen lassen, weil es Wahrheit ist. Jedoch, weil unsere Genossen andere Orte nicht gelten lassen wollen, sondern nur in Bür für sich in Anpruch nehmen, die Wächter des Tarifvertrages zu sein, so wollen wir heute das Schwindelmauer besser beleuchten. Die Kritik können unsere roten „Seldens“ nicht vertreten, denn gleich nachdem unser Artikel in Nr. 24 der „Baugewerkschaft“ erschienen war, hielten die Genossen stat, wie man den einen dort beschäftigten christlichen Kollegen. Ebenso wohl bestätigen könne, da man vermutete, daß dieser Schuld an dem Artikel sei. Man kam in seinem Freiheitsdrange dahin, daß dem Polizei anheimgegeben wurde, entweder der Christliche oder die „Genossen“, und so, befand unser Kollege Feierabend. „Echt freiheitlich!“ Die Genossen hatten auch allen Grund, denselben zu bezeichnen, denn nicht nur des Sonnabends arbeitet diese Gesellschaft über den Tarif hinaus, sondern auch an den übrigen Tagen, indem man den Steinträgern, die Althoff haben, nach Feierabend hilft, daß genügend Material vorhanden ist, und wofür? — „für Schnaps!!!“ Für dieses edle Getränk durchbrechen diese Schnapsbrüder den Vertrag, terrorisieren christliche Kollegen und stellen sich dann noch o blutiger Hohn, als Besitzer des Vertrages hin; da besteht man es, wenn unsere „Sozis“ im „Grundstein“ so weidlich über die Christen schimpfen, man muss doch seine eigene Schande verbreiten. Noch bei einer weiteren Firma in Bür (Messe) sind unsere Genossen tariffrei, indem sie ständig 11 Stunden arbeiten, denn unsere leichte aufgewommene Statistik hat ergeben, daß die Hälfte der Maurer im roten Verband ist, die andere Hälfte nicht im Verband, warum beweist man nicht in diesem Falle seine Tariftreue? Dann soll durch die Tägigkeit der Genossen der christliche Vorstand sein Amt niedergelegt haben. O heilige Einsicht! Wenn ein Vorstandsmitglied seinen Posten niedergelegt hat, so ist das in den Augen des „Grundstein“ verübt. Statt dessen auf der Parteiobhuse in Berlin zu absolvieren und sich mehr „Genossenweisheit“ eintrichten zu lassen, dann wird er „vielleicht“? — in Zukunft sich und seinen Anhang nicht so läzmieren, und die Bartheit in der eben geübten Weise frangulieren. Unsere Kollegen in Bür wissen nun, mit welcher Seite sie zu rechnen haben. Und hier trifft so recht der Spruch zu: Wer selbst wasserscheit ist und ungewohnt umherläuft, hat kein Recht, andern die Benützung des Wassers zu empfehlen. Ein übrigen wünschen wir schon, was der Bericht aus Bür enthielt, noch ehe er im „Grundstein“ erscheint.

Essen. 6. Juli. Zu unserer heutigen Versammlung war Kollege Bücher erschienen. Die Versammlung zeigte leider einen ländlichen Beifall. Kollege Bücher sprach über den Extraarbeitszeit, und ermahnte die Kollegen, denselben gerne und freudig zu bezahlen. Er führte an, welche den Verbandsvorstand und den Verbandsstag veranlaßten, den Beschluss zu fassen, mit acht Wochenbeiträgen zu erheben. Die sozialdemokratischen Verbände zahlen überhaupt höhere Beiträge, und erheben trotzdem Extraarbeitszeite. Unsere Kollegen müssten mehr Übermüdung zeigen. Die Kollegen erklärten sich mit den Ausführungen einverstanden. — Kollegen! Berest doch endlich einmal die Interessenlosigkeit ab und kommt in die Versammlung. Arbeit gegen den übermächtigen Althoff. Wir brauchen nichtterne erste Männer in unserer Zeit. Es ist bedauerlich, daß eine solche Lautheit unter unsren Kollegen herrsigt. Auch der Vorstand lädt viel zu wünschen übrig. Es ist ein untauglicher Zustand, daß selbst der Vorständige ohne trügerischen Grund schon zu wiederholten Malen fehlt. Hier muß unter allen Umständen Remedy gejedessen werden.

Höchst. Am Sonntag, den 7. Juli, hatten wir eine gute heutige Versammlung zu wiedert der Betriebsmann, soll Tarifkolo., erschienen war. In ferriigen Zügen und in leicht begleitender Weise forderte dersele den immer größeren Zusammenhalt der Arbeitgeber, wozu auch noch die Industriellen und Bergbauverträge räumen. Er führte an, daß das Organ des Arbeitgeberverbandes seit an das Solidaritätsgefühl der Großindustriellen appelliere, um durch eine große Macht die Beschränkungen der Arbeiter zu hemmen. Die ganze Taktik des Arbeitgeberverbandes gehe dahin, an einem Tage möglichst viele Tarifverträge ablaufen zu lassen, und im Falle, daß die Arbeiter nicht brav ob d. h. nach den Preiseln des Arbeitgeber-Gebäuden taugen, alle Arbeiter auszupressen. Beizer kam er auf das Jahr 1908 zu sprechen, wo der Kampflos der Entwicklung in Rheinland und Westfalen sein soll. Die Kollegen hatten den Vorstoß, wenn der Kampf zugunsten der Arbeiter ausfällt und der Sozial nicht gekommt, sondern ausgebeizt würde. Ich für das Jahr 1908 gefügt zu sein, habe die Generalversammlung die Extraarbeitszeit ausgeschrieben. Mit einem Appell an die Kollegen, häufig in die Agitation einzutreten und die Tarifbeiträge zu zahlen, soß er seine interpellanten Ausführungen. Die Diskussionsredner waren mit den Ausführungen einverstanden und ermahnten alle Kollegen, die Extraarbeitszeite zu zahlen. Es zählten 15, bei Kollegen, welche ihren Ansatz aus dem sozialdemokratischen und den Eintritt in einen Verband erläuterten, auch ließ sich ein Kollege neu aufnehmen. So daß untere Zahlstelle jetzt 43 Mitglieder zählt. Seiner Meinung der Ansicht, daß er die Extraarbeitszeit nicht gezahlt habe und die Kollegen belieben zu tun könnten. Kein Kollege werken das sonst wäre frei, und ja alle Extraarbeitszeite gleich zu haben. So ist es jetzt, Kollegen, zeigt jeder, daß es nicht nur andere Betriebsteile und Betriebarten kann zusammenwerken, alle Betrieben auch in anderen Betriebsteilen, und der Arbeitgeber der Extraarbeitszeit ausgenutzt kann, wo nicht mit der soll. In einer der Ansicht von Bücher zu stimmen, dass zur sozialen Kapitalbildung kann überlegen sollen. Das verlangt wenigstens die Vorstellung.

Saarbrücken. 1. Juli 24. Ganz nach einer unvergleichlichen Generalversammlung fand, in kleinerer und größerer Gruppe, ein Schlußkampf (Kommune) über die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Legt mir am verdeckten Versteck zu einem der sozialdemokratischen Gefangen, kann er wegziehen, kann er nicht wegziehen, und wenn er nicht wegziehen kann, so kann er nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, und wenn sie nicht wegziehen kann, so kann sie nicht wegziehen. Das ist die Verteilung der sozialdemokratischen Arbeit. Eine einzige und einzige Verteilung, die nicht auf die sozialdemokratische Arbeit kommt, sondern auf die sozialdem

zu erreichen, daß jeder organisiert ist. Es ist nicht genug, daß wir selbst organisiert sind, nein auch alle, welche uns nach sein können, müssen herangeholt werden, sonst kann es leicht vorkommen, daß dieselben im entscheidenden Moment verraten an uns werden. Dann sind die letzten Dinge schwächer wie die ersten. Die Einigkeit muß vorhanden sein. Einer für den anderen eintreten, das ist das Ideal unserer Bewegung. Es ist traurig, daß viele Kollegen zu einander mißgünstig sind, sehr zu ihrem eigenen Schaden. Diejenigen, welche so leichtfertig aus der Organisation austreten, bedenken nicht, daß sie den Unternehmern und den uns feindlichen Polizisten einen Gefallen tun. Nur deswegen nutzlos zu werden, weil augenscheinlich die Beziehungen hier so liegen, daß eine Bewegung unmöglich ist, ist ein großer Fehler und zeigt vor großer Kurzsichtigkeit die sich später rächen wird. Der gerigste Moment muß erst kommen, und um diesen zu schaffen, müssen die Kollegen dazu beitragen und zwar durch ausdauernde Mitarbeit. Die Ausführungen wurden mit Besatz aufgenommen. Die Kollegen versprachen, die Extrabehörzeuge gerne zu zahlen und dafür einzutreten, daß der Beschluss des Verbandsstages befolgt wird. Bezielt der Ausführungen des Kollegen über die Bewegung im Alsbacher Bezirk erklärten sich die Kollegen damit einverstanden, daß eine solche augenscheinlich nicht tunlich und deshalb verschoben werde. — Kollegen, werft die Interessenlosigkeit ab und kommt in die Versammlung. Sorgt auf der Arbeitsstelle, daß alle Kollegen der Organisation treu bleiben, denn nur dann, wenn wir alle organisiert und einig sind, können wir etwas erreichen. Mit Mut und Mündigkeit an die Arbeit!

Hannover. Die Ehrlichkeit der Genossen treibt in Hannover die sonderbarsten Wütten, so wie man unwillkürlich ausruft, wenn man den jetzt gedruckt vor uns liegenden Arbeitsvertrag der Genossen zur Hand nimmt, welcher am 18. März gemeinsam zwischen den Arbeitnehmern (freien und christlichen) und den Arbeitgeberverbänden des Baugewerbes abgeschlossen wurde. Die Ehrlichkeit der Genossen vorausgesetzt, traten wir beim Abschluß des alten, zwecks Einreichung eines neuen Tarifs, mit denselben in Verbindung, um durch ein gemeinschaftliches Zusammentreffen den Kollegen einen guten wirtschaftlichen Erfolg zu sichern. Ganden wir bei den Maurern und Bauhüllsarbeitern ein Entgegenkommen, so versuchten sie immer anfangs, sich aus hohe Stoff zu sehen. Durch tollwille, sinnige, aber auch energische Vorgehen unserer Kommissionmitglieder bei den Sitzungen, wurden sie eines besseren belehrt, wodurch der Erfolg beim gemeinschaftlichen Verhandeln mit den Arbeitgebern auch nicht ausblieben konnte und wir am 18. März den obengenannten Vertrag mit guten Ergebnissen abgeschlossen. Wer nun glaubt, daß jetzt ein friedliches Verhältnis zwischen den verschiedenen Arbeitnehmerorganisationen herbeigeführt wäre, der täuscht sich. Könnte man den Christlichen während der Lohnbewegung nichts am Zeug führen, so prüfte dies später, nachgeholt werden, und lies sie deshalb ihren Sporn gegen den Vertrag selbst schießen, indem in den Versammlungen gegen den § 5 (sogenannter Maßregelungsparagraph) Opposition getrieben wurde. Zur Klärung der Sache lassen wir ihn folgen.

M a s s e g e l u n g e n .

Maßregelungen gegen Arbeitgeber oder deren Vertreter und Kollektive sind unzweckhaft, jedoch steht den Arbeitnehmern das Recht zur Anfechtung des Einigungsauftrages zu, und ist dem Spruch des Einigungsauftrages von beiden Seiten unbedingt Folge zu geben. Vor dem Spruch des Einigungsauftrages dürfen keinerlei Maßnahmen, insbesondere keine Arbeitsaufstellungen getroffen werden. Maßregelungen gegen Arbeitnehmer oder Personen, welche einer anderen Organisation angehören, sind überhaupt unzweckhaft.

Zurückschreibungen gegen den Vertrag ziehen die sofortige Entlassung oder auch gänzliche oder zeitweilige Aussetzung der Beteiligten nach sich.

Dass dieser den Genossen nicht in den Raum paßt, ist klarlich, weil dadurch das Haupt-Agitationsmittel, um Mitglieder zu fangen, ihnen genommen war. Um bei den Mitgliedern nicht ganz in Misskredit zu kommen, wurde von seiten der „Freien“ erklärt, diese nicht unterschreiben zu haben, und versuchten sie sogar die Arbeitgeber der Unterschrift zu beziehen. Ja, man ging dazu über, Agitationsspolitik zu treiben, indem beim Druck der Verträge der Absatz 2 gestrichen wurde. Dieses wurde vorgenommen von den „freien“ Maurern und Zimmerern; die freien Bauhüllsarbeiter ließen ihn stehen. Damit war den Genossen ein Mittel in die Hand gegeben, unter den christlich organisierten Kollegen Unzufriedenheit hervorzurufen und dieselben aufzuhetzen gegen den Vorstand mit dem Gesetz: Euer Vorstand unterschreibt alles, was man ihm vorlegt, unser Vorstand hat dieses nicht unterschrieben. Dieser Vertrag mißlang völlig, da unseren Kollegen der wahre Sachverhalt unterriet war.

Zur Steuer der Wahrheit soll vernichtet werden, daß der Kollege Meißner, Lokalbeamter der Genossen, dem Vertrag als erster, folgend alle Genossen, und an letzter Stelle erst die Christlichen die Unterschrift gegeben. Um das Bild noch mehr zu vervollständigen, oder richtiger gesagt, den Vertrag noch mehr zu vervollständigen, ließ man den § 14, der, nebenbei bemerkt, fünf Drucksäulen lang ist und die Abordnung behandelt, ganz und gar fehlen. Weiters, ist Schreiber dieses nicht klar. Ob der Druckosten wegen oder der Befestigungskosten in die Augen zu steuern, in Hannover würde nicht in Akord gearbeitet? Sollte letzteres der Fall sein, so soll bewertet werden, daß die Abordnung, speziell Bauarbeiter, in Hannover in höchster Blüte steht. Ein Versehen des Druckers oder Verlegers kann auch nicht vorliegen, da im Vertrag der freien Bauhüllsarbeiter auch dieser Paragraph steht, und somit die Verträge der freien Maurer, Zimmerer und Bauhüllsarbeiter nach einem Schema, auf gleichem Papier, in ein und derselben Druckerei (Meißner, Co.) gedruckt sind. Um mit dem entzettelten Vertrag einen

würdigen Abschluß zu geben, hat man wohlweislich die Unterschriften der christlichen Kommissionsmitglieder weggelassen. Das mit ist vom Wegner festgestellt, daß wir mit solchen Mitteln nicht arbeiten, sondern das, was wir unterstreichen, unverhofft unseren Mitgliedern und der Öffentlichkeit unterbreiten.

W.

Gladdbeck. Der „Grundstein“ beschäftigt sich in Nummer 28, vom 18. Juli, mit unserem eingeren. Votationsprojekt in seiner bekannten und wahrheitsgetreuen Art und Weise, die eine richtigstellung notwendig macht. Der Lokalbeamte August Lech hat's Ihnen angezeigt, er sei angestellt, um den Mitgliedsverschwind aufzuhalten. — Nun, bilden Sie von den „Freien“ angestellten Beamten vielleicht zur Doktoratton und zum Oberlaß „überfüllter“ Fassen? — Auf keinen Fall kann bei uns von Mitgliedsverschwind die Rede sein, die Mitgliedszahl hat sich bei uns in unserem Bezirk im letzten Halbjahr verdoppelt. Die Halbjahrs-Verechnung bezw. deren Veröffentlichung wird den „Mitgliedsverschwind“ beleuchten. Daß jeder Beamter der christlichen Gewerkschaften ein M. Gladdbecker Böglung sein muss, auch wenn er M. Gladdbecker kaum gesehen hat, sei mir nebenbei bemerkt. Nebrigens hat die „Baugewerkschaft“ in den Nummern 26 und 27 ds. Fälle von sozialdemokratischen Weisheit beleuchtet, welche beweisen, daß trotz aller Geschäftsamkeit diese Herren eine M. Gladdbecker Schule dringend notwendig hätten. Die Herren Genossen nehmen gewöhnlich den Mund recht voll, wenn sie auf das „brutale Unternehmertum“ schimpfen. Am allerleibsten tun sie das, wenn es aus sicherer Erfahrung geschehen kann, denn weit weg ist gut vor dem Schutz, das gibt auch alte Soldaten. Wenn es aber der agitatorischen Taktik entspricht, dann sieht man sich nicht, daß Abschaffen bestehender Missstände zu hindertreiben. So wird im besagten Artikel aus Essen bestimmt, daß an den Baustellen der Firma Braunecker Missstände bestanden haben, was ich zugeben müsste, weil er längere Jahre dort beschäftigt gewesen ist. Doch aber wirklich an den Baustellen befand sich Anna Missstände bestanden und zum Teil noch bestehen, beweisen die Unfälle, die sich häufig ereignen, und welche auf ungenügende Schutzvorschriften zurückzuführen sind. So befinden sich gegenwärtig wiederum drei Schwerarbeiter im Krankenhaus zu Gladbeck und Bottrop, auch der Beamte der Bauerngenossenschaft hat auf einen Bericht des Röhl. K. eine Kontrolle an den Bauten vorgenommen. Durch ihn wurden Missstände, welche der „Grundstein“ bestreitet, gerügt und auf sofortige entsprechende Überänderung gedrungen. Die „Freien“ haben sich bis heute um diese Missstände noch nicht gekümmert. Darum ist es verständlich, wenn man das Befehlen bestreiten bestreitet. Ferner haben nicht 18 Mitglieder unseres Verbandes an einer der besagten Baustellen die Arbeit niedergelegt, sondern 10, die übrigen waren „frei“ organisiert. Wenn weiter gezeigt wird, die Christen könnten sich gegenwärtig nicht verteidigen, so ist das purer Schwund. Das geht schon daraus hervor, daß auch „Freiorganisierte“ kündigen. Wenn weitere 20 Männer die Arbeit nicht eingestellt haben, so war das nicht deshalb, weil keine Missstände dort bestanden, wo die 10 christlich Organisierten die Arbeit niedergelassen, nein, die 20, wir wollen sagen 50 Mann (sobald sind es in Wirklichkeit), haben an einem ganz anderen Bau gearbeitet. Ferner ist die Aussage nicht zu bestreiten, daß der Beamte der Freien, Czerninski zu Essen, berügt hat, seine Leute in der Arbeit zu halten. Der Deputierte der „Freien“, Wenz, ist nach Essen gefahren, um den Beamten die Sache klarzulegen. Wenz beläuft den Bescheid, die Kollegen sollten in der Arbeit bleiben, in den nächsten Tagen werde er überkommen. Hat man dadurch schon der Beseitigung der Missstände entgegengekehrt, so sah man aber noch nicht ein, wohin die Leute gehen sollte, als die Freien versuchten, die fraglichen Bauten, wo die Differenzen ausgebrochen waren, mit ihren Leuten zu besetzen. Das geht daraus hervor, daß der Beamte der Bauhüllsarbeiter am Tage, nachdem unsere Leute die Arbeit niedergelegt hatten, vier oder fünf Männer und ein Handlanger an diese Arbeitsstelle brachte, was Czerninski eingestanden hat. Tatsache ist, daß sie von Essen nach Bottrop geschickt waren, aber „ausfällig“ kamen sie an jene Bauten, wo die Differenzen ausgebrochen waren. Ferner ist es unwahr, daß den Freien die Beteiligung an einer gewöhnlichen Mitgliederversammlung verweigert wurde. Dieselbe war von Sonnabend auf Sonntag verlegt worden, um dem Bezirksleiter, Kollegen Pfeffer, den Besuch zu ermöglichen. Durch Flugblätter erfolgte an die Mitglieder und an Gejennungsgenossen, und nur an diese die Einladung. Was nun den Vorwurf des „Mitglieder absprünghaft machen“ anbelangt, so ist derjelbe unbegründet, das ist berechtigte Agitation, wenn man die Mitglieder durch sachliche Ausführungsarbeit zu gewinnen sucht. In der ungünstigsten Weise suchen aber die „Freien“ unsere Mitglieder absprünghaft zu machen. So kann z. B. zwei Beamte der Freien auf die Zeile „Prolober“ um die Italiener zu sapern. Im Falle des Übertritts versprach man, daß man ihnen eine soziale Lohnzulage von 50 Pfennig verschaffen wollte, daß sie eine schwere Bande und einen schönen Rockherd bekommen. Wazum versuchten sich die Genossen denn nicht sofort in dieser Rolle des starken Mannes in Rückicht auf die eigenen Mitglieder? Im Vertragsenteil die Genossen allerdings immer sehr leistungsfähig und andererseits fügt man in der gleichen prahlhaften Weise unseren Verband in der Daseinsmüthe herauszubauen. So ist man auch bei uns kehren gegangen wegen des vorgeschriebenen Erbbaurechtes. Der „Grundstein“ veröffentlichte aber nur eine Bekanntmachung des Verbandsvorstandes, nach welcher auch der freie Maurerverband einen Erbvertrag erhält, wie es bereits der christliche Bauhandwerkerverband tut. Also ist ersterer dem letzteren an Leistungsfähigkeit absolut nicht überlegen. Fassen wir das Gefüge zusammen, so finden die Kollegen auch hier wiederum bestätigt, was unsere Organisation verpricht, das sucht sie wahr zu machen. Dem Arbeiter soll gegeben werden, was dem Arbeiter gebührt, nicht bloß Besserung der Arbeitslöhnung.

und entsprechende Regelung der Arbeitszeit ist unser Ziel. Nicht zum wenigsten soll der Arbeiter auf seine Menschenwürde sich des weitgehendsten Schutzes für Leben und Gesundheit erfreuen. Der Bauarbeiterkrieg bekommt erst dann in den meisten unserer Mitgliedern und der Öffentlichkeit unterbreiten. Wichtigkeit, mit der das Gros der Arbeiter den Arbeiterschutzbewilligungen gegenübersteht, um die Einhaltung nach es schriftlich bestellt sein, wenn die Arbeiter aus ihrer Gleichheit ausgerückt werden, und wenn sie durch schärferes Vorgehen den weiteren Gefahren für Leben und Gesundheit begegnen. Wenn in einem solch wichtigen Augenblick die freie Organisation den bekräftigten Arbeitern in den Rücken fällt, dann ist sie für den Augen aller den Leuten ein Arbeiter gerichtet.

Steinarbeiter.

Westerveld. Ein erfreulicher Fortschritt ist unter den Steinarbeitern des Westerveldes zu verzeichnen. In Buchholz besteht eine gute Zahlstelle. Die Mitgliedszahl steigt fortwährend. In einigen Brüchen sind die Kollegen nahezu einheitlich organisiert. Das hiesige Steingebiet ist ein gemeinsames Interessengebiet, und liegt es im Interesse aller Kollegen, wenn in allen Hauptorten Zahlstellen geschaffen und diese zu einer gemeinsamen Verwaltungsstelle zusammengeschlossen werden, zumal große Aktiengesellschaften mehrerer Bauabteilungen sind. — Am 29. und 30. Juni fanden im Bezirk mehrere Versammlungen statt, in welchen der Bezirksleiter lange als Redner auftrat. Seine Ausführungen haben überall Begeisterung erweckt, und hat der christliche Gewerkschaftsgebäude tiefe Wurzeln gesetzt. Die Versammlungsteilnehmer sind davon überzeugt worden, daß die Organisation nicht allein wegen der Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses notwendig ist, sondern auch auf dem gesamten, sozialen, politischen und gesellschaftlichen Gebiete. — In Windhagen wurde eine neue Zahlstelle errichtet. In Legdenberg waren größten Interesses verfolgten sie die Ausführungen des Referenten. Eine v. „zündete und arbeiterverbündende Freiheit und Angst vereitete jedoch die Gründung einer Zahlstelle. Ein Herr gab sich als Arbeiter aus und erzählte, er wisse bestimmt, daß die Gesellschaft nur deswegen die Betriebe in Tätigkeit halte, um der einheitlichen Arbeiterkraft Arbeit zu geben. Wenn der Firma die Organisation den Kopf warm machen wollte, stelle dieselbe den Betrieb ein! — Der gute Mann hatte entweder keine Ahnung, oder er vertrat das Interesse des Unternehmers. Daß in eine Anlage erst mal Geld hineingeschwenkt werden muß, trifft auf jedes Werk zu, und wenn einmal Geld hineingeschwenkt ist, soll es Dividende bringen. Da wird wegen einer ärgerlichen Stimmung nicht stillgelegt. Daß es heute noch Arbeiter geben kann, die sich mit verletzten Ansichten geschäftigen, ist leider zu bedauern. Würden doch auch sie etwas geschäftigen, dann wäre auch die Freiheit verschwunden. In den gegründeten Zahlstellen herrscht reges Interesse. Hatten die Kollegen das Interesse wach, und betrachtet sich in den Betrieben ein sehr als ein Agitator, dann wird er nicht früher erreicht wird, desto eher wird das Ziel erreicht. Eine Zahlstelle unterstützt die andere.

Hinterhübach. Der Bruchmeister F. von der Firma Graf Wolf-Mettternich hält es für notwendig, die Verbandsstoffs, welche ihm von der Krankenfasse frei geliefert werden, stets hinter Schloss und Riegel zu halten. Bekommt ein Arbeiter eine Verlezung, so muß dem Meister nachgeladen werden, um etwas Verbandzeug zu erhalten. Ist der Meister nicht zur Stelle, so muß man sehen, wie man fertig wird. Vor kurzem quetschte sich ein Arbeiter die Finger, der Meister F. aber war verreist, und war man gezwungen, in ein Privathaus zu gehen, um etwas Kleintuch zum Verbinden der Wunden zu holen. Wie wird es aber dann, wenn der Meister nicht am Ort ist und es fallen schwerere Verleuzungen vor, was doch jeden Augenblick im Steinbrüche möglich ist? Wenn hier nicht Abhilfe geschieht, so muß bei der zuständigen Behörde Klage erhoben werden. Auch kommt es in diesem Betriebe häufig vor, daß die Löhnung zu spät eintrifft. Wir meinen, es wäre doch möglich, dahin zu wirken, daß die Arbeiter ihr sauer verdientes Geld zur rechten Zeit erhalten. Wird man wegen der Löhnung vorstellig, so hat der gute Meister alle künstlichen Einwendungen. Einmal erklärte derselbe sogar: wenn das nicht behagt, der kann einfach aufhören. Würden die Arbeiter dem nachkommen, so wäre es wahrscheinlich auch für den lieben Meister F. nicht gut bestellt. Wir sind der Ansicht, wenn er bei dem Herrn einmal gründlich vorstellig würde, so wäre schnell abgeholfen, da der Herr Graf Wolf-Mettternich doch wie bekannt den Arbeitern gut gesinnt ist. Wir glauben, es fehlt ihm an Mut dazu. Er kann besser zu seinen Arbeitern sagen: der Verband kostet euch viel Geld und hat für euch keinen Nutzen, sondern tretet alle in die Sektion der Steinarbeitet ein, damit eure Rechte besser vertreten werden können.

Soziale Rechtsprechung.

Unrechtmäßige Kündigung.

Hamburg. Das hiesige Gewerbege richt hat eine beachtenswerte Entscheidung über die rechtswirksame Kündigung bei einem Streit getroffen. Die Elb schiffahrtsgesellschaft vertragte einen Heizer, der anstalt des bestellten Streits der Binnenschiffahrer die Arbeit ohne vorherige Kündigung und ohne triftigen Grund niedergesetzt

Schicht verbündet sich nicht darum fest mit der Deckenkonstruktion, daß man sie mit zu den tragenden Teilen der selben rechnen könnte. Bei Ausführung der vorliegenden Hohlsteinedecke ist es aber nicht erforderlich, den Beton sofort bis zur vollen Fußbodenhöhe auszustampfen; es genügt, den Beton bis zur obersten Linie der Hohlsteine einzubringen, die Decke während des Rohbaues in halbhertigem Zustande zu lassen und sie dann erst bis zur Fußbodenhöhe aufzufüllen und darum abzugleichen, daß die Oberfläche dann unmittelbar die Unterlage für Linoleum usw. bildet. Diese Schicht ist einmal stark genug, um für die Berechnung der Decke in Anrechnung gebracht zu werden, andererseits wird auch dieser nachträglich aufgebrachte Beton durch die überall herabtreibenden Mundplatten mit dem zuerst ausgeführten Teile der Deckenkonstruktion fest verbunden und verankert. In diesem Falle kann der starke Schubbeanspruch unbedingt bei der statlichen Berechnung als wesentlicher Teil der Druckzone berücksichtigt werden. Es ist anzunehmen, daß sich solche Decken gut bewähren werden; wichtig ist aber, daß die röhrenförmigen Körper aus einem genügend tragfähigen und doch sehr wohlfühlenden Material hergestellt werden, sonst dürften diese Decken mit bewährten billigen Konstruktionen des Wohnbausbaus nicht konkurrieren können.

Zwischendecken aus röhrenförmigen Holzleisten und Beton.

Von Fred. Grob.

Nachdruck verboten.

Das Verlangen nach schwammigeren und feuerischeren Massabdecken hat vielfach zur Ausführung schwerer Steindecken geführt, die einen sehr hohen Aufwand erfordern, so wie verhorrende Schlagschäden gegen die Warmleitung verhindern. So ist man dazu gekommen, in Verbindung mit Holz und Eisen Holzleisten zu konstruieren, welche infolge der in ihnen enthaltenen Aufbaumasse schwer sind. Auf diese Weise können die gewünschten thermischen Werte gegenübertreten. Es gibt eine ganze Reihe verschiedenartiger Konstruktionen dieser Art, die alle ihre Vorteile und auch einige Nachteile aufweisen. Die **W. Metz** hat ein potentiell neues Systeme mit eingebetteten röhrenförmigen Schichten, nach dem Patentmatrikular und durch Konstruktionen dieser Art die verschiedenen Vorteile mitteilen. Ich hoffe nur die praktischeren

habe, auf Schadenersatz. Der Beflagte mache gestand, daß die Sektion der Binnenschiffer des Deutschen Hafenarbeiter-Verbandes durch ihren Vorsitzenden mittels Bittschreiben die Arbeitgeber, also auch die Klägerin, mitgeteilt habe, falls sie nicht geneigt seien, die aufgestellten Forderungen zu berücksichtigen, das Arbeitsverhältnis nach 14 Tagen als gelöst zu betrachten sei. Der Vorsitzende habe vor den Schiffsmannschaften hierzu Vollmacht gehabt, erfolgsbedient sei dies als ordnungsmäßige Kündigung zu betrachten. Das Gericht fällte folgende Entscheidung: Ob der Klärende seine Kündigung persönlich ausführte oder sich dabei eines Bevollmächtigten bediene, sei seine eigene Sache. In dem Bittschreiben sei aber eine rechtssichere Kündigung des Arbeitsverhältnisses zwischen der Klägerin und ihren Schiffsmannschaften deshalb nicht zu erkennen, weil die im Bittschreiben angebrochene Arbeitsniederlegung infolge der beigesetzten Bedingung und der vorhergehenden Begründung so vieldeutig und unbestimmt erscheine, daß sie nicht als Kündigung verstanden werden könne. Die Arbeitsniederlegung des Beflagten stelle deshalb einen Vertragsbruch dar, und er sei verantwortlich für den Schaden, der daraus entstanden sei. Das Gericht verurteilte den Beflagten dem Klagegegenstand entsprechend.

Nicht einzutreiben sind Konventionalstrafen.

Erst kürzlich brachten wir ein Urteil des Braunschweiger Landgerichts, wonach die Klage des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe gegen zwei Bauunternehmer auf Einziehung einer Konventionalstrafe abgewiesen wurde. Ein gleiches Urteil traf jetzt die Berliner Bäder-Immung. Während des Berliner Bäderstreits hätten die verschiedenen Bäderinhaber Berlins und der Vororte von ihren Mitgliedern Nebenrechte unterzeichnet lassen, nach denen sich dieselben verpflichteten, während des Streits keine neuen Kunden anzunehmen, oder für jeden der selben eine Konventionalstrafe von 30 M. an den betreffenden Obermeister zu zahlen. Der Obermeister Liebing der Neindorfer Zwangsimmung hatte Gelegenheit, eine derartige Klage gegen einen Bädermeister Brose anhängig zu machen und war im Termin am 28. Juni v. r. vom Rechtsanwalt Roth, als Vertreter des Beflagten, kostengünstige Abweisung der Klage beantragt worden. Das Gericht beschloß demgemäß: „In der Begründung des Urteils hieß es nach dem Vorwärts“ etwa: „Die Klage des Obermeisters der Bäderimmung Neindorf, Liebing, gegen den Bädermeister Brose ebenda, wird kostengünstig abgewiesen. Das Gericht sieht auf dem Standpunkt, daß die der Klage zugrunde liegende Vereinbarung nur den einen Zweck gegeben habe, einen Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Bädergemeinde zu erzielen. Nach § 152 der Gewerbeordnung sei es Arbeitnehmern wie Arbeitgebern freigestellt, bestehenden Abreden beizutreten, aber es ergebe sich daraus kein tragbares Recht, aus die Nichterfüllung einer schriftlich eingegangenen Willenserklärung in diesem Sinne eine Konventionalstrafe zu legen und daraus die Verurteilung des sich Verpflichtenden zu erzielen, sei aus vorstehenden Gründen ebenfalls unmöglich und deshalb erkannt wie oben“. Damit hat das Gericht abermals ausgesprochen, daß alle Zwangsmittel, die darauf hinausgehen, Unternehmer durch Androhung oder Ausübung wirtschaftlichen Schadens zum Widerstand gegen die Forderungen der Arbeiter zu bringen, ungeeignet sind.

Soziale Wahlen.

München. Am 4. Juli. Bei der in den Tagen vom 1. bis einschließlich 3. Juli hier stattgefundenen Gewerberichtswahl für die Kammer A (Textilindustrie) siegte die Liste der christlichen Arbeiter mit großer Mehrheit. Auf sie entfielen 1557 Stimmen, auf die sozialdemokratische Liste 589 Stimmen. Die Wahlbeteiligung war nicht besonders lebhaft, etwa 50 Prozent. In der nächsten Woche findet die Arbeitnehmer-Wahl für die Kammer B (verschiedene Betriebe) statt. Bei der letzten Wahl siegten für die Kammer B die christlichen Arbeiter zum ersten Male. Falls die Sozialdemokraten auch diesmal unterliegen, werden sämtliche Beziehungen der Arbeitnehmerliste von christlichen Arbeitern bestellt sein.

Gerichtliches.

Königsberg. Am 27. April d. J. kam es am heutigen Bahnhof zwischen christlich und sozialdemokratisch organisierten Stauern zu Streitigkeiten. Genaue Konturen am selben Tag waren schwere Rüttelung nicht arbeiten und führen deshalb mittags 18 Uhr nach Hause. Als nur die zwei Christlichen sich am Bahnhof zu die Bedürfnisanstalten begaben, drängten die Genossen dieselben vor dort hinaus. Als sie nun ihr Recht beanspruchten, gingen die Christen zu Tätschungen über und versetzten späteren Passagieren mehrfache Schläge ins Gesicht. Es brachte dann diese beiden zur Anzeige. Am 9. Juli kam dieses vor dem heutigen Schönbergergericht zur Verhandlung; von mehreren Zeugen wurde erstaunlich deutlich, daß die Angeklagten unserer Kollegen in komplizierter Weise mißhandelt haben und der Grund dazu war, weil dieser nicht Mitglied des sozialdemokratischen Verbandes ist. Der Ankläger beantragte den angeklagten Sohn aus Kreuzdorf wegen groben Ungehorsams zu 6 M. Geldstrafe ab zwei Tage Gefängnis, wegen Körperverletzung zu drei Tagen Gefängnis und Tragen zusätzlicher Kosten zu beurteilen; den angeklagten Sohn, ebenfalls aus Kreuzdorf, wegen Körperverletzung zu zwei Tagen Gefängnis und Tragen der Kosten. Das Urteil lautete dementsprechend.

Bauunfälle.

Koblenz. Eine erhebliche Verletzung erfuhr der Name Anton Meier am 1. Juli auf dem Bauplatz der Eisenbahn, indem ihm ein Schotter der Betonplatte mit dem Kopf traf. — Am 3. Juli verunfallte der Nameleiter Edouard am Rande des Baumaterials. Die Arbeiter holten den schweren Edouard aus dem Sand und führten den eben einen Sohn auf den Platz, so daß er schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Der Sohn kam an dem Unfall leicht verletzt und nicht schlecht davon.

Koblenz. Am 2. Juli ereignete sich in dem Eisenbahn-Hersteller Meier ein schwerer Unfall. Der 21-jährige Sohn Edouard kam damit beladenen Materialtreppe über eine steile Stütze einer Tafte zu stürzen. Als er dabei einen Meter über der Erde stand, fiel ein Stein aus der Wand vor dem Eisenbahn-Hersteller und schlug den Sohn des Edouard in den Kopf. Der Sohn Edouard wurde mit dem Kopf auf dem Boden aufgeschlagen und starb sofort. Der Sohn Edouard war ein junger Arbeiter, der seit einiger Zeit bei der Eisenbahn-Hersteller arbeitete.

Der Verletzte in das Unruhster Krankenhaus gebracht. Wenn der Verunglückte überhaupt genesen wird, bleibt er für sein Leben lang ein Krüppel. Die Schuld an dem Unglück liegt an der mangelhaften Brüderkleidung. Es wäre doch Sache unserer Polizei, sowie der übrigen Aufsichtsbehörden, auf derartige Vorlautungen zu achten, weil gerade in letzter Zeit mehrere derartige Unglücksfälle vorgekommen sind. Bezeichnend ist, daß ein 19-jähriger junger Mann der Betriebsführer der genannten Firma ist. Die Brüder sind sofort, ohne polizeiliches Protokoll, abgerissen und durch eine andere ersetzt worden.

Kassel. 4. Juli. Ein schreckliches Unglück hat sich hier ereignet. Ein Dachdecker gefalle vor beim Umbauen eines Hauses auf den nassen Ziegeln ausgeslitten, abgerutscht und in die Tiefe gestürzt. Dabei fiel er auf ein mit scharfen Spangen verklebtes Eisenstück. Die langen Spangen drangen beim Unglücksfall so tief in den Rücken, daß es lange Zeit dauerte, ehe man ihn aus seiner schrecklichen Lage befreien konnte. Die Sanitätskolonne brachte ihn nach dem Krankenhaus, wo er indes bald nach der Entfernung seiner Verletzungen erlag. Ob hier ein regelrechtes Schüttgerüst vorhanden war? Das ist kaum anzunehmen, denn sonst könnte ein derartiger Unfall nicht passieren.

Koppitz. 5. Juli. Beim Bau des Pfarrhauses auf dem Domhügel verunglückte der Maurer Karl Hohmann. Beim Aufziehen von Balken tat dasselbe einen Fehltritt, er wollte sich an dem gerade hochgezogenen Sparren festhalten, stürzte aber hinunter und wurde von dem nachfallenden Sparren erschlagen.

Braunkastein (Schlesien). 9. Juli. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich im benachbarten Baden. Douselbst war der Dachdecker Karl Langer aus Schönheide auf dem Dache einer Scheuer tätig. Infolge eines Fehltrittes stürzte Langer von dem Dache herab und verletzte sich so schwer, daß er in das St. Antonius-Krankenhaus gebracht werden mußte, wo der Arzt schwere Verletzungen am Rücken und den Beinen feststellte.

Leutkirch. 12. Juli. Beim Neubau des großen Gotteshauses der Firma H. D. Wille Nachfolger hier selbst stürzte ein größerer gemauerter Bogen zusammen. Fünf unter demselben befindliche Maurer erzielten mehr oder minder schwere Verletzungen, die glücklicherweise nicht lebensgefährlich sind.

Berlin. 13. Juli. In der Hermannstraße in Niederschöneweide beim Abbruch eines Hauses, kurz nach dem Mittagessen, als die Arbeiter die Arbeit wieder aufnehmen wollten, plötzlich die hohe Giebelmauer ein. Es vermochten alle, bis auf einen, sich in Sicherheit zu bringen, während dieser unter den Schuttmassen begraben wurde. Nach langen Bemühungen gelang es, den Verunglückten unter den Trümmern hervorzuholen. Er war zwar noch lebend, hat aber so schwere innere Verletzungen davongetragen, daß er kaum mit dem Leben davontkommen dürfte. Er wurde nach dem Krankenhaus gebracht.

Literarisches.

Die Verhandlungen der 12. Hauptversammlung der Freien Kirchlich-Sozialen Konferenz zu Karlsruhe i. W. erschienen in folgenden kirchlich-sozialen Heften à 50 Pf.: Nr. Heft 38: Predigt von Samuel Heller, Festpredigt v. Dertgen und Prälat D. Dehler, Kirchlich-Sozial nach Theorie und Praxis mit Rückblick auf die ersten zehn Jahre der Freien Kirchlich-Sozialen Konferenz und Geschäftsbuch über das Jahr 1906. — Nr. Heft 39: Seeberg: Die Kirchlich-Soziale Idee und die Aufgabe der Theologie in der Gegenwart. — Nr. Heft 40: Stuhmann: Die besondere Aufgabe der kirchlich-sozialen Frauen in der modernen Frauenbewegung. Mit: Elisabeth von Knebel-Doeberitz: Die Aufgabe und Pflicht der Frau als Dokument. — Nr. Heft 41: Rumm und Rastenau: Eine sozialpolitische Theorie für die christlich-nationale Arbeiterbewegung! Mit Diskussionsreden und Grundzügen von Julius Werner über: Das moderne Proletariat und die deutsche Nation.

Wegweiser zum häuslichen Glück. Der Verband „Arbeiterwohl“, der seit mehr als 25 Jahren auf dem Gebiete des hauswirtschaftlichen Bildungswesens sich bereits anschauliche Verdienste erworben hat, hat in diesen ein neues hinzugefügt, indem er den bisher schon in mehr als 200 000 Exemplaren verbreiteten „Wegweiser zum häuslichen Glück“ soeben in gänzlich neuer Auslage herausgegeben hat. (Wegweiser zum häuslichen Glück. Praktischer Leitfaden des Haushaltungsunterrichtes für Jungfrauen. Herausgegeben von einer Kommission des Verbandes Arbeiterwohl. Neue Ausgabe. 201.—220. Tausend. M. Gladbach 1907. Volksvereinsverlag. 266 S. Preis einzeln 75 Pf. zu 20.—70 Pf. im Hundert 65 Pf. im halben Tausend 50 Pf.; außerdem Porto.) Mit dem dritten Hunderttausend hat die vorliegende Schrift eine völlige Umarbeitung erfahren und ist insbesondere gegen die früheren Auslagen um die Hälfte erweitert worden. Die sechs ersten Teile behandeln Wohnung, Kleidung, Nahrung, Speisezubereitung, Buchführung und Gesundheitspflege. Im 7. Teile sind Belehrungen über die Kleinviehzucht hinzugekommen. Es ist auch der 8. Teil, der in knappster Form die Grundzüge des Volksversicherungswesens, Belehrungen über die Haft- und Schadenshaftpflicht, über das Vermietrecht, über Arbeitsvertrag, Lehrvertrag, Gewerbevertrag und andere soziale Verträge und Rechtsfälle gibt. Ein Register beschließt das Ganze. Mit Recht darf man wohl das vorliegende Buch als ein in Ausstattung, Vollständigkeit und Billigkeit unerreicht dastehendes praktisches Hand- und Unterrichtsbuch für den hauswirtschaftlichen Unterricht erwansener Studien in Stadt und Land bezeichnen.

Neu erschienen ist: Die „freien“ und die Hirsch-Dunderischen Gewerkschaften nebst einer Darstellung der sozialökonomischen Urtypen und Zielen der Gewerkschaftsbewegung. Arbeit-Bibliothek 1. Heft 1.—10. Tausend 96 S. Preis 40 Pf. franz. 45 Pf. M. Gladbach. Verlag der Hirsch-Dunderischen Arbeiterzeitung. 1907. — Inhalt: Die Geschichte der industriellen Coloniaarbeit in der Gegenwart. Die Lage der gebildeten Arbeiter. Urtypen und Zielen der Gewerkschaften im allgemeinen. Die freien (sozialdemokratischen) und die Hirsch-Dunderischen Gewerkschaften. Die Vorgeschichte der gebildeten Gewerkschaftsbewegung. Die Gründung der deutschen Gewerkschaften im Jahre 1868. Das erste Jahrzehnt deutscher Gewerkschaftsbewegung bis zum Erlös des Sozialistengesetzes (1868—1878). Die Gewerkschaften unter dem Sozialistengesetz 1878—1890. Die Entwicklung der freien Gewerkschaften nach der Einführung des Sozialistengesetzes im Jahre 1890. Das Verhältnis der „freien“ Gewerkschaften zur sozialdemokratischen Partei seit dem Jahre 1890. Die Weiterentwicklung der Hirsch-Dunderischen Gewerkschaften von ihrer Gründung bis auf die Gegenwart. — Der erste Teil der Broschüre ist prägnanter und begründet die deutsche Gewerkschaftsbewegung unter Berücksichtigung verschiedenartigen Materials aus der sozialwissenschaftlichen Entwicklung Deutschlands. Charakteristisch ist die genaue Umordnung der einzelnen Abschnitte der Gewerkschaften im Rahmen dieses ersten Teiles. — Der zweite Teil behandelt die „freien“ und die Hirsch-Dunderischen „freien“ und Hirsch-Dunderischen Gewerkschaften bis auf die Gegenwart. Die dritte Abtheilung der „freien“ Gewerkschaften zu den einzelnen Zweigen der gewerkschaftlichen Betriebe wird eingehend behandelt. Rechtliche Kenntnis auf die entsprechenden Belege führt das Verhältnis der „freien“ Gewerkschaften zur sozialdemokratischen Partei in ihrer einzelnen Abschnitte der Entwicklung eingeht. — Der zweite Teil behandelt die „freien“ und die Hirsch-Dunderischen „freien“ und Hirsch-Dunderischen Gewerkschaften bis auf die Gegenwart. Die dritte Abtheilung der „freien“ Gewerkschaften zu den einzelnen Zweigen der gewerkschaftlichen Betriebe wird eingehend behandelt.

voll; sie ist mehr als eine populäre Agitationsbroschüre, gleich sie auch für diese Zwecke nicht verzagt.

Das Protokoll der vierten Generalversammlung der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz. In soeben erschienen. Verlag von Gustav Fischer, Jena. Das Protokoll ist eine wertvolle Materialsammlung. Es unterscheidet sich von den ländlichen Protokollen dadurch, daß die unterschiedlichen Referate über die verhandelten Fragen ausführlicher übergeben sind. Dieser Bericht enthält dasselbe den Bericht über die Tätigkeit der internationalen Vereinigung sowie die einzelnen Landesverbände und, worauf ganz besonders aufmerksam gemacht werden soll, den Bericht über die Tätigkeit des internationalen Arbeiterschutzes in Basel. Auf dem letzten Kongreß sind folgende Themen behandelt worden: Die Frage der industriellen Gewerkschaft jugendlicher Arbeiter, Maximalarbeitszeit, Arbeit, Versicherung ausländischer Arbeiter, Durchführung der Arbeiterschutzgesetzgebung usw.

Christliche Gewerkschaften und evangelische Arbeiter. Unter diesem Titel ist in dem Hirsch-Dunderischen Verlag der Düsseldorf-Ausbildungsverband eine Broschüre erschienen, die der Gewerkschaftsleiter Ferdinand Appel als Verfasser bezeichnet. Die Broschüre ist als ein wertvolles Kulturland machtvoll, gepaart mit einer grauen Logik, angesehen.

Christliche Gewerkschaften und evangelische Arbeiter. Unter diesem Titel ist in dem Hirsch-Dunderischen Verlag der Düsseldorf-Ausbildungsverband eine Broschüre erschienen, die der Gewerkschaftsleiter Ferdinand Appel als Verfasser bezeichnet. Die Broschüre ist als ein wertvolles Kulturland machtvoll, gepaart mit einer grauen Logik, angesehen.

Bekanntmachungen.

Das Verkehrs- und Versammlungsort der Maurer und Baufahrer befindet sich von jetzt ab im „Gaff“ 10. Mennigstraße.

Verwaltungsstelle Münster i. W.

Als verloren wird gemeldet die Buch-Nr. 28629 lautend a. Jos. Bremer, geb. den 6. 8. 88 zu Meldorf, von der Verwaltung

feste Kasse.

Abrechnung des Agitationsbezirks Köln am 9. Juni 1908 auf der Bezirks-Konferenz in Köln.

Einnahme.

11. März 1908.

Gassenbestand	825
Altentkirchen	68
Ahrweiler	158
Breitig	40
Dören	191
Elberfeld	421
Gladbach bei Neukirch	45,6
Geißlar bei Bonn	27,4
Gehlen bei Eschweiler	10,7
Hohn	86,2
Niederzier	28,7
Öhlings	4,6
Renscheidt	18,6
Ronsdorf bei Elberfeld	80,4
Renshagen	10,2
Sodingen	105,2
Wahlheim bei Aachen	87,2
Summe 1204,0	

Ausgabe.

Für Agitation lagen Belege von Nr. 1 bis Nr. 99 einschließlich vor, sämtlich bescheinigt und bestätigt durch Bezirksleiter Anton Lange und betragen die Summe von 721,80.

Bestand der Kasse am 9. Juni 482,20.

Summe 1204,0

Der Bezirksklasser:

Johann Becker.

Die Revisoren:

p. Johann Böcher, Maurer, Lachen,

p. Heinrich Göggemann, Zimmerer, Köln.

Veranstaltungskalender.

Verwaltungsstelle Wiesbaden. Sonntag, den 28. Juli. Mitgliederversammlung in der Gemeindehalle bei Gotthardt. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Terbetsel.

Am Sonnabend, den 6. Juli, starb infolge Unfalls unser Mitglied Jos. Böhn.

Zahlstelle Hagen in W. (Maurer).

Er seinem Andenken!

Anzeigen-Teil.

Achtung! Dachdecker von Essen und Umgegend.

Sonntag, den 21. Juli, vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herren S. & Co., Kirchstraße 14, kleiner Saal, große öffentliche Agitationsversammlung. Gänzliche Bauhandwerker werden gebeten, die unorganisierten Dachdecker auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.

(2,45)

Der Vorstand.

Achtung! Godesberg u. Rh.

Sonntag, den 28. Juli, vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herren S. & Co., Kirchstraße, außerordentliche Mitgliederversammlung. Sämtliche Mitglieder müssen erscheinen.